

WINFRIED SCHMÄHL

# Alterssicherungspolitik in Deutschland



Mohr Siebeck

*Winfried Schmähl*

Alterssicherungspolitik in Deutschland





Winfried Schmähl

# Alterssicherungspolitik in Deutschland

Vorgeschichte und Entwicklung  
von 1945 bis 1998

Mohr Siebeck

*Winfried Schmähl*, geboren 1942; Studium der Volkswirtschaftslehre; Promotion und Habilitation in Frankfurt (Main); 1976–1989 o. Professor für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin; 1989–2007 Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Zentrums für Sozialpolitik an der Universität Bremen; u. a. 14 Jahre Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung; Mitglied in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Demographischen Wandel in drei Legislaturperioden.

ISBN 978-3-16-155714-9 / eISBN 978-3-16-155715-6  
DOI 10.1628/978-3-16-155715-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel in Gomaringen aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	XIX
Anmerkung zu spezifischen Literaturhinweisen . . . . .	XXVII
Häufig verwendete Abkürzungen . . . . .	XXIX
 <i>Kapitel 1: Alterssicherungssysteme und Alterssicherungspolitik: Gestaltungsoptionen, Einflussfaktoren und Akteure – ein Überblick</i>	
1. Funktion und Aufbau dieses Kapitels . . . . .	1
2. Zur Abgrenzung formeller Alterssicherungssysteme . . . . .	2
3. Grundlegende Entscheidungen und Gestaltungsoptionen für die (formelle) Alterssicherung . . . . .	3
3.1 Zur organisatorischen Struktur von Alterssicherungssystemen	4
3.1.1 Grundentscheidungen . . . . .	4
3.1.2 Die verschiedenen Schichten des deutschen Alterssicherungssystems . . . . .	6
3.2 Ziele und Konzeptionen der Alterssicherungspolitik . . . . .	10
3.3 Instrumente der Alterssicherungspolitik . . . . .	14
3.3.1 Finanzierung . . . . .	14
3.3.1.1 Finanzierungsarten . . . . .	14
3.3.1.2 Finanzierungsverfahren . . . . .	15
3.3.2 Ausgestaltung von Leistungen . . . . .	16
3.3.3 Eine kurze Zusammenschau einiger Elemente . . . . .	19
4. Darstellung und Analyse der Alterssicherungspolitik . . . . .	19
4.1 Über die nur begrenzte Eignung des derzeit dominierenden ökonomischen Ansatzes für die Analyse der Alterssicherungspolitik . . . . .	20
4.2 Ziel-, Lage- und Mittelanalyse . . . . .	21
4.3 Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren für Entscheidungen	23
4.4 Wichtige Akteure im politischen Entscheidungsprozess . . . . .	27
5. Einige Beschränkungen und Schwierigkeiten für Analysen über das, was war . . . . .	31

<i>Kapitel 2: Zur „Vorgeschichte“: Alterssicherungspolitik in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs . . . . .</i>	35
1. Schwerpunkte in diesem Kapitel . . . . .	35
2. Von der Gründungsphase bis 1933 . . . . .	36
2.1 Anfänge staatlicher Alterssicherungspolitik von der Gründungsphase der Gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs	36
2.1.1 Die Arbeiter- bzw. Invaliditätsversicherung von 1889	37
2.1.2 Die Angestelltenversicherung von 1911 . . . . .	54
2.2 Die gesetzliche Rentenversicherung in Zeiten von Inflation und Wirtschaftskrise bis zum Ende der Weimarer Republik . .	55
2.3 Weitere Institutionen der Alterssicherung – ihre Entwicklung bis zum Ende der Weimarer Republik . . . . .	63
2.3.1 Absicherung im Bergbau . . . . .	63
2.3.2 Beamtenversorgung . . . . .	66
2.3.3 Berufsständische Versorgung . . . . .	68
2.3.4 Betriebliche Alterssicherung . . . . .	69
2.3.5 Lebensversicherung . . . . .	70
3. Entwicklungen in der Zeit des Nationalsozialismus . . . . .	74
3.1 Sozialversicherung vor dem Zweiten Weltkrieg . . . . .	74
3.2 Pläne für eine grundlegende Umgestaltung der Alterssicherung: Staatsbürgerversorgung statt Sozialversicherung . . . . .	81
3.3 Die weitere Entwicklung der Sozialversicherung bis zum Kriegsende . . . . .	85
3.4 Beamtenversorgung . . . . .	91
3.5 Berufsständische Versorgungswerke . . . . .	92
3.6 Lebensversicherung . . . . .	92
3.7 Betriebliche Altersversorgung . . . . .	94
4. Kurzer Rück- und Ausblick . . . . .	98
 <i>Kapitel 3: 1945–1949: Alterssicherungspolitik in den Besatzungszonen . . . . .</i>	 99
1. Die Lage in den Besatzungszonen nach Kriegsende . . . . .	101
1.1 Ökonomische Rahmenbedingungen . . . . .	101
1.2 Berlin – Vorreiter einer Einheitsversicherung? . . . . .	103
1.3 Die Entwicklung in den Ländern der SBZ . . . . .	107

1.4	Die Entwicklung in den drei Westzonen . . . . .	112
1.4.1	Amerikanische Zone . . . . .	115
1.4.2	Britische Zone . . . . .	116
1.4.3	Französische Zone . . . . .	118
1.4.4	Das Saargebiet . . . . .	118
1.5	Zur Finanzsituation der gesetzlichen Rentenversicherung in den Westzonen . . . . .	119
2.	Reformen und Reformbestrebungen . . . . .	126
2.1	Der Weg zur Einheitsversicherung in der SBZ . . . . .	126
2.2	Reformvorstellungen in den Westzonen sowie im Alliierten Kontrollrat – die Zeit bis zu den Währungsreformen . . . . .	135
2.3	Die Währungsreformen in den Westzonen und in der SBZ in ihrer Bedeutung für die Alterssicherung . . . . .	147
2.3.1	Westzonen . . . . .	149
2.3.1.1	Privatversicherung, Versorgungswerke und betriebliche Alterssicherung . . . . .	150
2.3.1.2	Sozialversicherung . . . . .	153
2.3.2	SBZ . . . . .	156
2.4	Beamtenversorgung und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst . . . . .	157
2.5	Das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz des Wirtschaftsrates in den Westzonen . . . . .	159
3.	Rückblick: Die Zeit der Besatzungszonen – Weichenstellungen in der Alterssicherung . . . . .	165
 <i>Kapitel 4: 1949–1957: Alterssicherungspolitik in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten und ihre konzeptionelle Neuorientierung in der Bundesrepublik . . . . .</i>		
1.	Die Ausgangslage in der Alterssicherung bei Gründung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten . . . . .	167
2.	Zu einigen ökonomischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik am Anfang der 1950er Jahre . . . . .	171
3.	Die erste Legislaturperiode in der Bundesrepublik . . . . .	174
3.1	Fallweise Erhöhung von Renten . . . . .	174
3.2	Zur Höhe von Renten und zur Einkommenslage von Rentnern	180
3.3	Das Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz . . . . .	183
3.4	Schrittweise Anpassung der Berliner Regelungen und die Wiedererrichtung einer eigenständigen Angestelltenversicherung . . . . .	183



4. Die zweite Legislaturperiode in der Bundesrepublik – Maßnahmen vor der Rentenreform . . . . .	187
4.1 Weitere fallweise Rentenanhebungen und damit verbundene konzeptionelle Fragen . . . . .	187
4.1.1 Das Renten-Mehrbetrags-Gesetz von 1954: erstmal eine differenzierte Anhebung von Altrenten . . .	187
4.1.2 Die Diskussion über das Renten-Mehrbetrags-Gesetz – Vorspiel zur „Rentenreform“ . . . . .	190
4.1.3 Das Sonderzulagen-Gesetz von 1955 und weitere Überbrückungsmaßnahmen bis zur Rentenreform des Jahres 1957 . . . . .	195
4.2 Übergang zur Ertragsanteilsbesteuerung von Renten . . . . .	197
4.3 Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner . . . . .	198
5. Schwerpunkte in der Diskussion über eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik am Beginn der 1950er Jahre . . . . .	200
5.1 Die Unzulänglichkeit „statischer“ Renten . . . . .	203
5.2 Begründungen für das Umlageverfahren in der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	210
6. Der Weg zu den Gesetzentwürfen zur Rentenreform . . . . .	215
6.1 Das Bogs-Gutachten . . . . .	215
6.2 „Grundgedanken“ des Arbeitsministeriums, die „Rothenfelder Denkschrift“ und ein Gegengutachten . . . . .	219
6.3 Der „Schreiber-Plan“ . . . . .	224
6.4 Regierungs- und fraktionsinterne Diskussionen sowie Entscheidungen des Sozialkabinetts . . . . .	230
7. Die Gesetzentwürfe von SPD und Regierung sowie das vom Parlament beschlossene Gesetz . . . . .	239
7.1 Die Rentenformel für Berechnung und Anpassung der Renten	240
7.2 Weitere Aspekte der Leistungsgestaltung . . . . .	251
7.3 Personenkreis und Organisation . . . . .	252
7.4 Die Entscheidung im Parlament für einen grundlegenden Paradigmenwechsel . . . . .	254
7.5 Finanzbedarf und Finanzierung . . . . .	256
7.6 Erhalt der Sonderstellung der Knappschaftlichen Rentenversicherung . . . . .	263
8. Die Gestaltung der Alterssicherung im Saarland . . . . .	265
9. Alterssicherung von Selbstständigen . . . . .	268
10. Die private Lebensversicherung in den beiden ersten Legislaturperioden der Bundesrepublik . . . . .	274

11. Beamtenversorgung und Zusatzversorgung im öffentlichen Sektor in den ersten beiden Legislaturperioden der Bundesrepublik . . . . .	280
12. Alterssicherung in der DDR . . . . .	285
12.1 Rahmenbedingungen der Alterssicherung in der DDR . . . . .	285
12.2 Zur Entwicklung des Systems der Alterssicherung in der DDR . . . . .	291
12.3 Diskussionen über Rentenreformen Mitte der 1950er Jahre in der DDR . . . . .	297
13. Rückblick und Ausblick . . . . .	304
 <i>Kapitel 5: 1957–1966: Eine Zeit der „Konsolidierung“ . . . . .</i>	 311
1. Zu wichtigen ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik . . . . .	312
2. Wirkungen der Rentenreform von 1957 . . . . .	317
3. Auf dem Weg zur ersten Rentenanpassung und das Scheitern des „ersten“ Sozialbeirats . . . . .	321
4. Die politische Entscheidung über die erste Rentenanpassung und Folgerungen aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Sozialbeirat . . . . .	334
5. Verbesserungen bei „Fremdreten“ und Beseitigung von „Härten“ im Rentenrecht . . . . .	340
5.1 Neuregelung der Fremdreten . . . . .	340
5.2 Beseitigung von „Härten“ in der gesetzlichen Rentenversicherung – das (erste) Rentenversicherungs- Änderungsgesetz sowie Diskussionen über Versicherungspflichtgrenze und Mindestrenten . . . . .	343
6. Die Finanzentwicklung der GRV: Einflussfaktoren, Einschätzungen und tatsächliche Entwicklung . . . . .	349
6.1 Weitere Rentenanpassungen und die Diskussion über Beitragssatzänderungen . . . . .	349
6.2 Strukturveränderungen als Grund für Finanzierungsprobleme . . . . .	353
6.3 Finanzentwicklung im ersten Deckungsabschnitt . . . . .	356
6.3.1 Die Gesamtentwicklung . . . . .	356
6.3.2 Bundeszuschüsse . . . . .	359
6.3.3 Vermögensentwicklung und Vermögenserträge . . . . .	364
6.4 Auf dem Weg zu veränderten Rücklagenvorschriften für ArV und AnV – Abrücken vom Abschnittsdeckungsverfahren . . . . .	367
7. Die Sonderstellung der Knappschaftlichen Rentenversicherung . . . . .	372

8.	Alterssicherung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor . . . . .	374
8.1	Beamtenversorgung . . . . .	374
8.2	Zusatzversorgung für Arbeiter und Angestellte – von der statischen Rente zum Gesamtversorgungskonzept . . .	374
9.	Betriebliche Alterssicherung im Privatsektor und die zusätzliche private Altersvorsorge . . . . .	379
9.1	Betriebliche Alterssicherung im Privatsektor . . . . .	379
9.2	Private (individuelle) Altersvorsorge und Vermögensbildung	384
10.	Alterssicherung von Selbstständigen . . . . .	389
10.1	Handwerker in der GRV . . . . .	390
10.2	Ein weiterer Zweig der GRV für Rechtsanwälte? . . . . .	394
10.3	Das Sondersystem der Altershilfe für Landwirte . . . . .	396
11.	Der Volksversicherungs-Plan der SPD – Elemente späterer Rentenreformen . . . . .	399
11.1	Wahlmöglichkeiten bei Altersgrenzen . . . . .	401
11.2	Mindestelemente bei der Rentenberechnung . . . . .	401
11.3	Freiwillige Volksversicherung für Selbstständige . . . . .	402
11.4	Darlehensgewährung und Beitragserstattung im Todesfall . . .	404
11.5	Finanzierung aus Beitrags-Mehreinnahmen und Bundeszuschüssen . . . . .	404
11.6	Rentenberechnung nach „Punkten“ . . . . .	405
12.	Rückblick und Ausblick auf sich anbahnende künftige Grundsatzdiskussionen in der Bundesrepublik . . . . .	406
13.	DDR – Krise und Stabilisierung . . . . .	414
13.1	Die Entwicklung bis zum Mauerbau 1961 . . . . .	414
13.2	Zur Entwicklung nach dem Mauerbau bis Mitte der 1960er Jahre – Wirtschaftsreform, aber keine Rentenreform . . . . .	418
13.3	Kurzer Exkurs zu einigen systembedingten Schwierigkeiten bei Einkommensvergleichen zwischen der Bundesrepublik und der DDR . . . . .	426
	<i>Kapitel 6: 1966–1974: Zeiten des Machtwechsels . . . . .</i>	429
1.	Schwerpunkte in diesem Kapitel . . . . .	429
2.	Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für die Alterssicherung in der Bundesrepublik . . . . .	430
3.	Finanzierung und Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung im Spannungsfeld von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik . . . .	441
3.1	Die Ausgangslage am Beginn der Großen Koalition . . . . .	441

3.2	Mittelfristige Finanzplanung und Finanzänderungsgesetz – Maßnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts und zur Beeinflussung der Finanzlage der Rentenversicherung . . .	442
3.2.1	Erste Maßnahmen zugunsten des Bundeshaushalts durch die Regierung der Großen Koalition . . . . .	442
3.2.2	Finanzänderungsgesetz 1967 als Reaktion auf die Ergebnisse der mittelfristigen Finanzplanung . .	447
3.3	Zwei grundlegende Änderungen in der Finanzierung der Rentenversicherung; Finanzausgleich und Neugestaltung des Finanzierungsverfahrens . . . . .	462
3.3.1	Finanzausgleich zwischen Arbeiterrentenversicherung und Angestelltenversicherung . . . . .	462
3.3.2	Die Finanzierungsentscheidungen im dritten Rentenversicherungsänderungsgesetz . . . . .	467
4.	Einige (grundlegende) Änderungsvorschläge . . . . .	471
4.1	Neuerliche Vorschläge zu einer Grundsicherung und steuerfinanzierten Staatsbürgerrenten . . . . .	473
4.2	Veränderung der Rentenformel und des Anpassungsverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung zur Reduzierung des künftigen Finanzbedarfs . . . . .	477
4.3	Einige weitere Vorschläge zur Fortentwicklung des bestehenden Alterssicherungssystems . . . . .	482
5.	Der Weg zur Rentenreform 1972 . . . . .	485
5.1	Inhaltliche Schwerpunkte in der Diskussion über das Rentenreformgesetz 1972 vor dem Hintergrund sich rechnerisch ausweitender Finanzierungsspielräume . . . . .	487
5.2	Steigende Rücklagen als Folge der Methodik der Vorausberechnungen . . . . .	494
5.3	Diskussion über die inhaltlichen Schwerpunkte der Reformvorschläge . . . . .	497
5.3.1	Flexibilisierung und Herabsetzung der Altersgrenze . .	497
5.3.2	Anhebungen von Renten . . . . .	506
5.3.3	Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	510
5.4	Die Entscheidungen im AuS-Ausschuss und im Plenum des Bundestages . . . . .	513
6.	Korrekturen des Rentenreformgesetzes . . . . .	520
6.1	Ausgestaltung der flexiblen Altersgrenze . . . . .	520
6.2	Rentenniveausicherungsklausel und automatische Rentenanpassung . . . . .	521
6.2.1	Niveausicherungsklausel . . . . .	521
6.2.2	Automatische Bestandsrentenanpassung . . . . .	523

7. Erste Auswirkungen des Rentenreformgesetzes und weitere für die gesetzliche Rentenversicherung finanzwirksame Vorhaben der Jahre 1973 und 1974 . . . . .	525
7.1 Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze, Rente nach Mindesteinkommen und Nachrichtung von Beiträgen . . . . .	525
7.2 Stundung des Bundeszuschusses . . . . .	527
7.3 Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner . . . . .	529
8. Entwicklung in anderen Bereichen . . . . .	530
8.1 Altershilfe der Landwirte . . . . .	530
8.2 Beamtenversorgung . . . . .	532
8.3 Zusatzalterssicherung im öffentlichen und privaten Sektor . . . . .	532
8.3.1 Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland . . . . .	532
8.3.2 Zusatzversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Sektor . . . . .	532
8.3.3 Zusatzversorgung in der Land- und Forstwirtschaft . . . . .	533
8.3.4 Betriebliche Alterssicherung im Privatsektor . . . . .	534
9. Private Lebensversicherung – Alterssicherung und Vermögensbildung . . . . .	537
10. Die Entwicklung in der DDR . . . . .	541
10.1 Ökonomische und politische Rahmenbedingungen . . . . .	541
10.2 Alterssicherung in der Schlussphase der Ära Ulbricht – Anhebung von Mindestrenten und Umrechnung von Renten . . . . .	542
10.3 Eine „freiwillige Zusatzrentenversicherung“ . . . . .	545
10.4 Alterssicherung zu Beginn der Honecker-Ära . . . . .	547
11. Rückblick und Ausblick . . . . .	554
<i>Kapitel 7: 1974–1982: Alterssicherung in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten . . . . .</i>	<i>557</i>
1. Vorbemerkung . . . . .	557
2. Sich ändernde ökonomische Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzungen in der Bundesrepublik . . . . .	557
3. Schwerpunkte im Bereich der Alterssicherung in der Bundesrepublik . . . . .	564
4. Betriebliche Alterssicherung: Das Betriebsrentengesetz . . . . .	566
5. Gesetzliche Rentenversicherung . . . . .	582
5.1 Die veränderte Finanzierungssituation – Ursachen, Diskussionen und politische Festlegungen bis zur Bundestagswahl 1976 . . . . .	582

5.1.1	Ursachen für die veränderte Finanzlage und die Einschätzung der künftigen Entwicklung . . . . .	582
5.1.2	Neue Vorausberechnungen und die Rentenanpassung für 1976 . . . . .	590
5.1.3	Neue Warnungen – dennoch politische Festlegungen vor der Bundestagswahl . . . . .	595
5.2	Vorschläge für „Sofortmaßnahmen“ nach der Bundestagswahl 1976 . . . . .	604
5.3	Die Rentenversicherung als Gegenstand der Koalitionsverhandlungen im November und Dezember 1976 – die „Rentenlüge“ . . . . .	609
5.4	Kurz- und mittelfristig orientierte Maßnahmen und die Finanzentwicklung bis zum Koalitionswechsel im Herbst 1982	618
5.4.1	Das 20. Rentenanpassungsgesetz . . . . .	618
5.4.2	Das 21. Rentenanpassungsgesetz . . . . .	631
5.4.3	Die Entwicklung bis zur „Wende“ – dem Regierungswechsel im Herbst 1982 . . . . .	637
6.	Versorgungsausgleich sowie Alterssicherung von Frauen und Hinterbliebenen . . . . .	653
6.1	Versorgungsausgleich und Erziehungsrente . . . . .	654
6.2	Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Witwen-/Witwerrente und die Reformdiskussion . . . . .	656
7.	Diskussion über Grundsatzfragen und Reformoptionen zur Weiterentwicklung der Alterssicherung, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	664
7.1	Schwerpunkte . . . . .	664
7.2	Künftige demographische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Alterssicherung . . . . .	667
7.3	Einkommenslage der Rentner . . . . .	671
7.4	Zielsetzungen in der Alterssicherungspolitik . . . . .	673
7.5	Eigentumsschutz, Eigenfinanzierung von Renten und Beitragsäquivalenz . . . . .	675
7.6	Diskussion über längerfristig orientierte Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	678
7.7	Der wiederbelebte Vorschlag zur Einführung einer Wertschöpfungsabgabe . . . . .	687
7.8	Harmonisierung der Alterssicherungssysteme . . . . .	691
8.	Alterssicherung von Künstlern und Publizisten . . . . .	694
9.	Beamtenversorgung und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst	705
10.	Altershilfe für Landwirte . . . . .	714

11. Private Altersvorsorge – Lebensversicherung . . . . .	715
12. Die Entwicklung in der DDR . . . . .	717
12.1 Zu ökonomischen Rahmenbedingungen in der DDR . . . . .	717
12.2 Entwicklung der Alterssicherung in der DDR . . . . .	719
12.2.1 Sozialversicherung . . . . .	719
12.2.2 Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) . . . . .	721
12.2.3 Erwerbstätigkeit von Altersrentnern . . . . .	723
13. Rückblick und Ausblick . . . . .	724
 <i>Kapitel 8: 1982–1989: Alterssicherung in den letzten Jahren des geteilten Deutschland</i> . . . . .	 729
1. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik . . . . .	729
2. Schwerpunkte in der Alterssicherungspolitik der Bundesrepublik im Berichtszeitraum . . . . .	734
3. Konsolidierungsmaßnahmen der Jahre 1982 und 1983 . . . . .	736
3.1 Koalitionsvereinbarungen nach der „Wende“ und das Haushaltsbegleitgesetz 1983 . . . . .	736
3.2 Das Haushaltsbegleitgesetz 1984 . . . . .	745
4. Zielvorstellungen für das Absicherungsniveau im Alter und die Entwicklung des Rentenniveaus . . . . .	755
5. Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung . . . . .	760
5.1 Zur Vorgeschichte . . . . .	760
5.2 Politische Entscheidung für ein „Anrechnungsmodell“ . . . . .	760
5.3 Kindererziehungszeiten für „Trümmerfrauen“ . . . . .	769
6. Der Weg zum „Rentenreformgesetz 1992“ . . . . .	771
6.1 Das ökonomische und demographische Umfeld der Reformdiskussion . . . . .	771
6.2 Weichenstellungen für die Reformkonzeption – Entscheidung für eine „Reform im System“ . . . . .	774
6.3 Zentrale Elemente der geplanten „Strukturreform“ . . . . .	777
6.3.1 „Gleichgewichtige Entwicklung“ . . . . .	777
6.3.2 Bundeszuschuss . . . . .	781
6.3.3 Selbstregulierungsmechanismus . . . . .	783
6.3.4 Altersgrenzen . . . . .	783
6.3.5 Bewertung versicherungsrechtlicher Zeiten . . . . .	783
6.4 Die „Strukturdiskussion“ bis zur Bundestagswahl im Januar 1987	784
6.4.1 Programmatische Aussagen der Parteien . . . . .	784

6.4.2	Der SPD-Entwurf des Jahres 1984 . . . . .	790
6.4.3	Gutachten des Sozialbeirats von 1986 . . . . .	793
6.4.4	Das Gutachten des VDR von 1987 zur Vorbereitung der Reform . . . . .	798
6.5	Der Weg zum breiten Konsens über eine „Strukturreform“ nach der Bundestagswahl . . . . .	804
6.5.1	Konsenssuche zwischen den Koalitionspartnern . . . . .	804
6.5.2	Die Konsensverhandlungen zwischen Koalition und SPD . . . . .	811
6.5.3	Die Schlussphase . . . . .	817
6.5.3.1	Fremdrentengesetz und deutsch-polnisches Sozialversicherungsabkommen . . . . .	818
6.5.3.2	Beamtenversorgung . . . . .	820
6.6	Der Schlussakt im Parlament . . . . .	823
6.7	Konzeptionelle Weichenstellungen durch das Rentenreformgesetz . . . . .	825
7.	Private Vorsorge . . . . .	828
8.	Zusatzversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst . . . . .	829
9.	Alterssicherung in den letzten Jahren der DDR – bis zum Fall der Mauer im November 1989 . . . . .	831
9.1	Ökonomische und politische Rahmenbedingungen – der fortschreitende ökonomische Niedergang . . . . .	831
9.2	Alterssicherung . . . . .	834
10.	Rückblick und Ausblick . . . . .	837

*Kapitel 9: 1989–1992: Zwischen Mauerfall und „Rentenüberleitung“ –  
Eine Zeit sich überschlagender Entwicklungen . . . . .* 841

1.	Sich wandelnde politische Rahmenbedingungen und die ökonomische Situation . . . . .	841
2.	Schwerpunkte in diesem Kapitel . . . . .	848
3.	Diskussionen und Entscheidungen im Rentenrecht bis zum Vollzug der Einheit . . . . .	851
3.1	Aktueller Handlungsdruck durch den anschwellenden Strom von Übersiedlern . . . . .	852
3.2	Auf dem Weg zur Sozialunion . . . . .	856
3.2.1	Konzeptionelle Unterschiede zwischen den Alterssicherungssystemen von DDR und Bundesrepublik . . . . .	856
3.2.1.1	Sozialversicherung . . . . .	858
3.2.1.2	Zusatz- und Sonderversorgungssysteme in der DDR . . . . .	863



3.2.2	Der Diskussions- und Entscheidungsprozess zur Alterssicherung im Zusammenhang mit dem 1. Staatsvertrag . . . . .	867
3.2.2.1	Die Zeit bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 . . . . .	867
3.2.2.2	Verhandlungen und Entscheidungen nach der Volkskammerwahl . . . . .	879
3.3	Die Umsetzung der rentenrechtlichen Regelungen des Staatsvertrags zum 1. Juli 1990 – die „Rentenangleichung“	894
4.	Erste Erfahrungen nach dem 1. Juli 1990 und Entscheidungen zum Einigungsvertrag sowie die Entwicklung bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl . . . . .	899
4.1	Erste Erfahrungen mit der neuen Situation . . . . .	899
4.2	Einigungsvertrag . . . . .	901
4.3	Entscheidungen zur ersten Rentenanpassung in Ostdeutschland . . . . .	907
5.	Vorbereitung, Durchführung und Auswirkungen der „Rentenüberleitung“ . . . . .	912
5.1	Der Referentenentwurf zum Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) . . . . .	916
5.2	Der Regierungsentwurf und die sich anschließende Diskussion	920
5.3	Im Konsens zum RÜG . . . . .	926
5.4	Die unmittelbaren Wirkungen des RÜG . . . . .	930
6.	Rentenrechtliche Sonderregelungen in der Sozialversicherung bei der Rentenberechnung und Rentenanpassung in Ostdeutschland	935
7.	Überführung von Ansprüchen aus Zusatz- und Sondersversorgungssystemen der DDR in die GRV . . . . .	940
8.	Rückblick und Ausblick . . . . .	951
 <i>Kapitel 10: 1992–1998: Alterssicherungspolitik in den ersten Jahren des vereinten Deutschland – Die Zeit bis zum Regierungswechsel 1998 . . . . .</i>		
1.	Ökonomische Entwicklung und Diskussionsschwerpunkte Anfang der 1990er Jahre . . . . .	955
2.	Zur Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung nach der „Rentenüberleitung“ bis Mitte der 1990er Jahre – Finanzentwicklung und systemadäquate Finanzierung von Rentenausgaben als Dauerthemen . . . . .	964

3. Entwicklung in weiteren Bereichen der Alterssicherung . . . . .	976
3.1 Altersversorgung im öffentlichen Dienst . . . . .	976
3.1.1 Beamtenversorgung . . . . .	976
3.1.2 Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und Auswirkungen der Privatisierung . . . . .	981
3.2 Betriebliche Alterssicherung . . . . .	985
3.3 Alterssicherung von Selbstständigen . . . . .	991
3.4 Lebensversicherung . . . . .	995
4. Die Entwicklung ab Mitte der 1990er Jahre bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 . . . . .	998
4.1 Diskussionsschwerpunkte Mitte der 1990er Jahre . . . . .	998
4.2 Berufsständische Versorgung und die „Friedensgrenze“ zur GRV . . . . .	1005
4.3 Änderungen der Arbeitswelt und des Erwerbsverhaltens – Einflussfaktoren für die Finanzlage der GRV und Reaktionen des Gesetzgebers . . . . .	1014
4.3.1 Wichtige Veränderungen . . . . .	1014
4.3.2 Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung . . . . .	1018
4.3.3 Frühverrentung . . . . .	1019
4.3.4 Reaktionen des Gesetzgebers . . . . .	1024
4.3.5 Weitere Maßnahmen: Das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) . . . . .	1029
5. Im Vorfeld politischer Entscheidungen Mitte der 1990er Jahre: Überblick über Schwerpunkte in den Forderungen nach Veränderungen in der Alterssicherung . . . . .	1033
6. Der Weg zum „Rentenreformgesetz 1999“ . . . . .	1038
6.1 Die „Rentenkommission“ der Bundesregierung, der „demographische Faktor“ und das Rentenniveau . . . . .	1039
6.2 Der politische Entscheidungsprozess . . . . .	1046
7. Betriebliche Alterssicherung . . . . .	1054
7.1 Diskussionen und Vorschläge ab Mitte der 1990er Jahre . . . . .	1054
7.2 Betriebliche Alterssicherung im RRG 1999 . . . . .	1060
8. Alterssicherung im öffentlichen Dienst . . . . .	1062
8.1 Beamtenversorgung . . . . .	1065
8.2 Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst . . . . .	1073
9. Nach dem RRG 1999: Diskussionen, Forderungen und weitere Entscheidungen bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 . . . . .	1074
9.1 Demographischer Wandel als Bedrohung für die Umlage- finanzierung und als Quelle steigender Belastung Jüngerer . . . . .	1076

9.1.1	Das komplexe Zusammenspiel von Demographie, ökonomischer Lage und sozialrechtlichen Regelungen	1077
9.1.2	Zur Belastung „junger Menschen“ in einer alternden Bevölkerung . . . . .	1084
9.2	Forderungen in der (wirtschafts-)wissenschaftlichen Diskussion zur Umgestaltung der Alterssicherung . . . . .	1089
9.2.1	Allgemeiner Überblick . . . . .	1089
9.2.2	In Deutschland dominierende Vorstellungen zur Überlegenheit der „Kapitaldeckung“ . . . . .	1095
9.3	Weitere Forderungen und Entwicklungen im Hinblick auf Ausweitung kapitalmarktabhängiger Alterssicherung in Deutschland . . . . .	1103
10.	Vor der Bundestagswahl im Herbst 1998 . . . . .	1107
10.1	Vermeidung von Sozialabgaben bei Erwerbstätigkeit . . . . .	1107
10.1.1	Geringfügige Beschäftigung . . . . .	1108
10.1.2	Scheinselbstständigkeit . . . . .	1111
10.2	Neue Modellberechnungen zur Entwicklung des GRV- Beitragsatzes . . . . .	1113
10.3	Die Konstellation vor der Bundestagswahl vom Herbst 1998 . .	1118
11.	Europäische und innerdeutsche Integration . . . . .	1121
11.1	Die europäische Integration und ihre Auswirkungen auf die deutsche Alterssicherung . . . . .	1122
11.2	Entwicklung der Renten in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland und weiterbestehende strukturelle Unterschiede . . . . .	1125
11.2.1	Der Angleichungsprozess . . . . .	1125
11.2.2	Verrechnung von Auffüllbeträgen mit der Rentenanpassung in Ostdeutschland . . . . .	1129
11.2.3	Neuberechnung von Renten mit Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR	1129
11.2.4	Unterschiedliche Einkommensstrukturen im Alter in West- und Ostdeutschland . . . . .	1130
12.	Rückblick und Ausblick . . . . .	1131
	Personenregister . . . . .	1135
	Sachregister . . . . .	1141

## Vorwort

Fragen der Alterssicherung sind wohl für alle Menschen früher oder später von (großer und oft sogar existenzieller) Bedeutung: Sei es als Vorsorge in der Erwerbsphase für das eigene Alter, zur Absicherung von Familienangehörigen oder zum Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts nach freiwilligem oder unfreiwilligem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (so im Falle von Erwerbsunfähigkeit).

Deshalb verwundert es auch nicht, dass Fragen der Alterssicherung immer wieder große politische Bedeutung erlangten und Alterssicherungspolitik zu einem überaus wichtigen innenpolitischen Thema wurde, nicht nur in der Sozial- und Verteilungspolitik, sondern auch der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sind doch all diese Bereiche in vielfältiger Weise miteinander verflochten. Dabei handelt es sich zumeist um komplexe, aber auch konfliktrträgliche Fragen der Finanzierung und Leistungsgestaltung, aber auch um grundsätzliche Fragen wie z. B. der Organisation (ob privat oder staatlich, freiwillig oder verpflichtend). Im westlichen Nachkriegs-Deutschland wurde die Alterssicherung deshalb mehrfach zentraler Gegenstand von Wahlkämpfen und schließlich durch politische Richtungsentscheidungen grundlegend verändert.

Mit der vorliegenden Arbeit wird versucht, die vielschichtige Entwicklung in der deutschen Alterssicherungspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nachzuzeichnen und ihre Wirkungen zu analysieren. Dabei stellt das Kriegsende auch in der Alterssicherungspolitik keinesfalls eine „Stunde Null“ dar, sondern es wurde – zunächst in den vier Besatzungszonen und dem viergeteilten Berlin wie dann auch in der Bundesrepublik und der DDR – in unterschiedlicher Weise an Entwicklungen angeknüpft, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und schließlich während der Nazi-Herrschaft herausgebildet hatten. Folglich werden in diesem Buch auch zentrale Elemente und Weichenstellungen dieser für beide deutsche Nachkriegsstaaten gemeinsamen „Vorgeschichte“ dargestellt.

In den mehr als vierzig Jahren nach Kriegsende entwickelten sich die Alterssicherungssysteme in Ost und West – ausgehend von einer bis Kriegsende gemeinsamen Geschichte – immer weiter auseinander, sei es hinsichtlich der in die Alterssicherungssysteme einbezogenen Personenkreise, der Finanzierung und Leistungsgestaltung (vor allem auch im Leistungsniveau) und in der Organisation. Die Entwicklung wurde von politischen Akteuren auf beiden Seiten des

Deutschland nun trennenden „Eisernen Vorhangs“ verfolgt. Im Laufe der Zeit ging der Blick – wie auch allgemein in der Bevölkerung – mehr von Ost nach West als umgekehrt.<sup>1</sup> Die unerwartete Chance der deutschen Wiedervereinigung ermöglichte schließlich ein Zusammenführen der unterschiedlich strukturierten Alterssicherungssysteme aus Ost und West, ein Prozess, der zwar selbst nach über 25 Jahren noch nicht vollständig abgeschlossen ist, für den die Weichen aber entscheidend gestellt worden sind.

Die westdeutsche Alterssicherung nimmt in diesem Band im Vergleich zur Entwicklung im Osten einen größeren Raum ein, u. a. da im Westen größere und vielgestaltigere Veränderungen erfolgten und dort auch – angesichts des jeweiligen Bevölkerungsumfangs – mehr Menschen betroffen waren. Nach dem Fall der Mauer war Westdeutschland auch in der Alterssicherung nun nicht mehr – wie zuvor für die SBZ/DDR – ein Vergleichs- und Konkurrenzobjekt, sondern wurde maßgebend für die Entwicklung in Gesamtdeutschland.

Die gesetzliche Rentenversicherung spielt in den folgenden Analysen eine quantitativ hervorgehobene Rolle. Dies liegt mit daran, dass im Laufe der Zeit ein immer größerer Teil der Bevölkerung von diesem System betroffen und die gesetzliche Rentenversicherung – hier vor allem der Bereich der Alterssicherung – ein wichtiger Faktor für die Entwicklung anderer Sicherungssysteme wurde.

Immer wieder ändern sich Rahmenbedingungen für die Alterssicherung, so u. a. politische – mit verändertem Einfluss von Akteuren und Interessen, Veränderungen normativer Vorstellungen –, ökonomische und fiskalische Handlungsspielräume und demographische Entwicklungen, Änderungen in der Arbeitswelt, in Lebens- und Erwerbsverläufen wie auch Haushalts- und Familienstrukturen. Bereits diese wenigen Stichworte verdeutlichen, welch vielgestaltige und miteinander verwobene Faktoren eine Rolle spielen können für das, was dann im politischen Prozess entschieden wird und sich auf Haushalte und Unternehmen auswirkt, wobei deren Handeln wiederum politisch relevant werden kann.

Auch wenn sich leider allzu oft die Aussage Mahatma Gandhis zu bestätigen scheint: „Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt“, so kann ein Beschäftigen mit der Vergangenheit dennoch hilfreich sein, um Vieles, von dem, was heute ist, zu verstehen, was und wer dazu beigetragen hat und ggf. warum. Auch können – oder zumindest könnten – aus gemachten Erfahrungen Folgerungen für geplante Maßnahmen gezogen werden (sofern

---

<sup>1</sup> Der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse (Systemwechsel in Deutschland, 4. Aufl. Bonn 2013, S. 214) betont: „Wer die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als eine Art aufeinander bezogene Parallelgeschichte mehr oder weniger gleichgewichtig begreift, erfasst zwar einige oft ausgeblendete Interaktionen, misst der DDR aber ein zu großes Gewicht bei. Umgekehrt stellte sie keine bloße Fußnote der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Die DDR – das gilt für die Menschen wie für das System – war viel stärker auf den Westen ausgerichtet als die Bundesrepublik Deutschland auf den Osten.“

die inzwischen eingetretenen veränderten Rahmenbedingungen sorgfältig beachtet werden). Vieles gerät sehr schnell in Vergessenheit, wird vereinfacht oder bruchstückhaft erinnert und nicht selten absichtlich verkürzt darstellt. Zudem sind heutige Gestaltungsmöglichkeiten mit von Entscheidungen und Entwicklungen in der Vergangenheit geprägt, was zu der vielfach erwähnten „Pfadabhängigkeit“ beitragen kann wie auch zu signifikanten Abweichungen vom bisherigen „Pfad“. Dabei wird allerdings oftmals übersehen, dass auch kleine (parametrische) Anpassungen und nicht nur die selteneren strukturellen (paradigmatischen) Reformen zu tiefgreifenden Veränderungen führen können.

Angesichts der ökonomischen wie politischen Bedeutung der Alterssicherung verwundert nicht, dass eine kaum überschaubare Fülle an Materialien und Veröffentlichungen zur Finanzierung und Leistungsgestaltung wie auch zu Reformvorhaben und deren einzel- und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen vorhanden ist. Was rechtfertigt dennoch die Veröffentlichung einer Arbeit wie dieser? Es mag überraschen, aber bislang liegt keine Gesamtdarstellung der Entwicklung der deutschen Alterssicherungspolitik für den mehr als fünfzig Jahre umfassenden Zeitraum seit Ende des Zweiten Weltkriegs vor, eine Darstellung, in der zumindest die wichtigsten Bereiche der Alterssicherung berücksichtigt werden (so neben der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere die Beamtenversorgung und die betriebliche und private Alterssicherung) und in der detailliert (auf Quellen basierend) sowohl auf realisierte als auch auf nicht verwirklichte Maßnahmen eingegangen wird, ihre Entstehung und ihre Wirkungen, beabsichtigte und unbeabsichtigte.

Behandelt wird die Entwicklung in den vier Nachkriegs-Besatzungszonen sowie die besondere Situation im Saarland und in Berlin, sodann die Zeit der beiden rund 40 Jahre nebeneinander existierenden deutschen Nachkriegsstaaten BRD und DDR, bevor ab 1990 im nun vereinigten Deutschland wieder eine gemeinsame Entwicklung erfolgen konnte.<sup>2</sup>

Im Zentrum der Kapitel stehen zum einen *Institutionen und Systeme der Alterssicherung*<sup>3</sup>, und zwar sowohl hinsichtlich der sie beeinflussenden Faktoren als auch hinsichtlich der von ihnen ausgehenden Wirkungen. Zum anderen geht es um Entwicklungen und Maßnahmen, die sich auf *Vorsorge für das Alter*

---

<sup>2</sup> 2016 hat ein amerikanischer Wirtschaftshistoriker in englischer Sprache eine umfangreiche historische Darstellung der gut 125 Jahre umfassenden Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung veröffentlicht, aber auf diese Institution begrenzt, also insbesondere ohne Beamtenversorgung und andere öffentliche Systeme zu berücksichtigen, wie auch ohne betriebliche Alterssicherung im öffentlichen und privaten Bereich sowie private Vorsorge zu behandeln, s. Mierzejewski, Alfred C.: A History of the German Public Pension System – Continuity amid Change. Boulder, New York, London 2016. S. hierzu meine Rezension in: Deutsche Rentenversicherung, 71. Jg. (2016), S. 273–275.

<sup>3</sup> Sie sind vielfach verbunden mit der Absicherung im Falle von Erwerbsunfähigkeit und für Hinterbliebene.

und Absicherung im Alter der verschiedenen Personengruppen auswirken, so insbesondere auf deren Einkommenslage. Doch hierbei sind auch gesamtwirtschaftlich relevante Auswirkungen der Alterssicherungssysteme (auf Arbeits- und Finanzmärkte, Konjunktur und Wirtschaftswachstum) zu berücksichtigen, zumal sie wiederum zu den die Privathaushalte berührenden Faktoren zählen. Es geht also um vielfältige wechselseitige Beziehungen, die oftmals zeitlich parallel erfolgen.

Die Entwicklung in den verschiedenen Zeiträumen und Teilen Deutschlands ist vielfach sehr unterschiedlich verlaufen, auch wenn für bestimmte Teilbereiche etwa das Schlagwort einer „Kontinuität im (oder trotz) Wandel“<sup>4</sup> durchaus zutreffend zu sein scheint. Dabei muss man jedoch sorgfältig unterscheiden, auf welche Dimension von „Kontinuität“ Bezug genommen wird (auf Ziele, Institutionen, handelnde Personen u. a. m.). In all den Jahrzehnten wurden immer wieder bestimmte Themen und Fragestellungen diskutiert sowie Problemlösungen vorgeschlagen. So steht die angemessene Art der Finanzierung vielfach im Zentrum, sei es die Frage, ob eine vorherige Vermögensansammlung erfolgen soll (sogenannte „Kapitaldeckung“) oder ob darauf verzichtet werden kann, also ein „Umlageverfahren“ realisiert werden soll. Auch geht es immer wiederum darum, ob Beiträge oder Steuern zur Finanzierung herangezogen werden sollen, wobei auch die unterschiedlichen Interessen von Finanz- und Arbeitsminister zum Tragen kommen. Rückblickend betrachtet erscheint vieles als ein neuerliches „Erfinden des Rades“, weil die Erinnerung an frühere Diskussionen und Entwicklungen verblasst oder verschwunden ist. Zudem bewahrheitet sich immer aufs Neue, was schon Homer in seiner Odyssee beklagte: „Denn höher preisen die Menschen stets den Gesang, der ihnen als der neueste zu Ohren kommt“.<sup>5</sup>

In dieser Arbeit wird zudem versucht, die Prozesse, die zur Entwicklung bestimmter Vorstellungen und Entscheidungen führten, nachzuzeichnen – soweit das überhaupt möglich ist<sup>6</sup> – und zu analysieren. Es geht also nicht etwa nur um eine Darstellung der schließlich getroffenen Entscheidungen, sondern auch um die demographischen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen und um Zielvorstellungen wichtiger Akteure, die zu diesen Entscheidungen führten.

Behandelt werden in dieser Arbeit zentrale Fragen und wichtige Entwicklungen aus ökonomischer, politikwissenschaftlicher und historischer Perspektive, wobei es zudem auch in beträchtlichem Maße um vom Gesetzgeber oder

---

<sup>4</sup> Was auch Mierzejewski in der oben erwähnten Arbeit verwendet.

<sup>5</sup> So in der Übertragung von Wolfgang Schadewaldt.

<sup>6</sup> Erwähnt sei auch der hier der vielzitierte Anfangssatz aus Thomas Manns Roman „Joseph und seine Brüder“: „Tief ist der Brunnen der Vergangenheit“. Doch der darauffolgende – weniger beachtete – Satz lautet: „Sollte man ihn nicht unergründlich nennen?“ – ein Hinweis auf das schließlich in so vielen Fällen begrenzte Wissen, wie auch der Historiker Leopold von Ranke (1795–1886) schrieb: „Die Motive, wie sie wirklich waren, ziehen sich in das Geheimnis zurück“.

von Gerichten entschiedene rechtliche Regelungen geht, die dann u. a. ökonomische Wirkungen entfalten. Zu den Materialgrundlagen für die Darstellung gehört (natürlich) die Auswertung von Publikationen und Statistiken, von Parlamentsprotokollen etc.<sup>7</sup>, auch von Presseberichten, die vielfach aufschlussreicher sind als offizielle Protokolle über Beratungen,<sup>8</sup> weiterhin auch von bislang noch kaum oder nie genutztem Material (wie internen Protokolle und Aufzeichnungen insbesondere im Zusammenhang mit Reformvorhaben) sowie Aussagen aus Gesprächen mit Zeitzeugen, die ich führen konnte.<sup>9</sup>

Die einzelnen Kapitel dieses Buches sind nicht nach einem einheitlichen Schema (analog einem Nachschlagewerk) aufgebaut, vielmehr sind je nach den thematischen Schwerpunkten in der jeweils behandelten Zeit die Gewichte der einzelnen Teilbereiche und Fragestellungen unterschiedlich, z. T. auch bedingt durch die Quellenlage, wie beispielsweise durch noch begrenzten Zugang zu Materialien. Bevor ab dem zweiten Kapitel auf die historische Entwicklung eingegangen wird, gibt das erste Kapitel einen knappen Überblick über zentrale Aspekte, Fragen und Schwierigkeiten, die für die Darstellung und Analyse im Bereich der Alterssicherung bedeutsam sind.

Meine Beschäftigung mit Fragen der Alterssicherung reicht zeitlich weit zurück.<sup>10</sup> Eine chronologisch-systematische Beschäftigung mit der deutschen Alterssicherungspolitik der Nachkriegszeit begann dann um 1997, als ich im Rahmen des großangelegten Projektes einer zwölf Bände umfassenden *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* in sieben dieser Bände jeweils das Kapitel zum Thema „Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene“ für die Besatzungszonen der Nachkriegszeit und die Bundesrepublik verfasste. Hierauf wird in unterschiedlichem Maße in verschiedenen Kapiteln dieses Bandes zurückgegriffen.

Für die vorliegende Arbeit wurde kein integriertes Literaturverzeichnis erstellt, sondern die vollständigen bibliographischen Angaben finden sich jeweils in den Fußnoten der einzelnen Kapitel. Verkürzte Quellenangaben werden für

---

<sup>7</sup> Wobei auch ich vielfach bestätigt fand, was der „Eiserne Kanzler“, Otto von Bismarck (1815–1898) anmerkte: „Die Hauptsache aber liegt immer in dem, was alles nicht zu den Akten kommt“, zitiert bei Tennstedt, Florian: *Vorgeschichte und Entstehung der Kaiserlichen Botschaft* vom 17. November 1881, in: *Zeitschrift für Sozialreform* Bd. 27 (1981), S. 663.

<sup>8</sup> Der britische Historiker Thomas Macaulay (1800–1859) betonte sogar: „Die Geschichte eines Volkes liegt in seinen Zeitungen.“

<sup>9</sup> „... für die schriftlich fixierten Memoiren von Zeitzeugen“ wie „auch für ihre mündlich übermittelten Erinnerungen gilt: Sie sind mit Vorsicht zu genießen, aber unverzichtbar“, so der Historiker Schöllgen, Gregor: *Gerhard Schröder. Die Biographie*, München 2016, S. 947.

<sup>10</sup> So behandelte meine 1972 abgeschlossene Dissertation die Probleme und Auswirkungen einer grundlegenden Transformation des einkommensbezogenen deutschen Alterssicherungssystems in eine Staatsbürger-Grundrente, insbesondere in der Übergangsphase von dem einen zum anderen System. Näheres, wie auch zu einer Vielzahl von Veröffentlichungen, findet Erwähnung in Schmähl, Winfried: *Soziale Sicherung: Ökonomische Analysen*, Wiesbaden 2009.



Beiträge aus der soeben erwähnte „Geschichte“ verwendet wie auch für die beiden sie begleitenden statistischen Übersichten. Im Anhang zu diesem Vorwort sind die entsprechenden bibliographischen Angaben für diese Bände aufgeführt wie auch für ein der gesetzlichen Rentenversicherung gewidmetes Handbuch, dessen Beiträge gleichfalls in verkürzter Form zitiert werden.

Die Leser dieser Arbeit sollten keine Darstellung erwarten, die auf bestimmten Thesen oder die Überprüfung bestimmter Theorien ausgerichtet ist, sondern eine auf Quellen basierte differenzierte Darstellung der vielgestaltigen Entwicklung (auch wenn immer wieder bekannte Themen aufzugreifen sind). Dabei wird institutionellen Fragen (im Unterschied zum dominierenden Ansatz in der Ökonomie) wie auch der Rolle von Akteuren (also nicht etwa nur strukturellen Bedingungen) besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Dieser Band enthält – nach einem einleitenden Kapitel, das der Einordnung wichtiger Fragen und Elemente im Bereich der Alterssicherung dient – zunächst die „Vorgeschichte“ vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Danach wird die Entwicklung in West- und Ostdeutschland behandelt, beginnend mit den Besatzungszonen und dann in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Es folgt der Prozess der Wiedervereinigung und schließlich die Entwicklung im nun vereinten Deutschland. Die Darstellung in diesem Band endet mit der Bundestagswahl vom Herbst 1998. Sie beendete die „Ära Kohl“ und führte zu einem grundlegenden Regierungswechsel, aber auch zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des deutschen Alterssicherungssystems. Die damit verbundenen Auswirkungen und die weitere Entwicklung sollen in einem Folgebund behandelt werden. In einem diesen Band dann abschließenden Kapitel soll der Versuch einer zeitübergreifenden Zusammenschau wichtiger Entwicklungslinien und Fragestellungen unternommen werden. Doch nicht erst da, sondern in vielen früheren Zusammenhängen zeigt sich, wie geradezu verdummend und entmündigend die Aussage ist, bestimmte politische Entscheidungen seien „alternativlos“ gewesen.

Gottfried Wilhelm Leibniz erwartete (1768) von einer historischen Darstellung dreierlei: „Erstens das Vergnügen an den historischen Tatsachen, sodann jedoch vor allem nützliche Lehren für das Leben und schließlich die Herleitung der Ursprünge des Gegenwärtigen aus dem Vergangenen, denn alles läßt sich am besten von seinen Ursachen her erkennen“. Ob mit der hier vorgelegten Arbeit – zumindest in bescheidenem Maße – dem Rechnung getragen wird, das zu beurteilen bleibt den Lesern überlassen.

Im langen Entstehungsprozess dieses Buches gab es vielfältige Gründe, um Dank zu sagen, so *für Hilfe bei der Materialbeschaffung und redaktionellen Bearbeitung*: Thomas Biewer, Johannes Clemens, Uwe Fachinger, Joachim Fox, Elke Hauschildt, Barbara Leidinger, Johann F. Niemeyer, Gabriele Rolf-Engel, Elke Schütz, Jörg Sommer und Holger Viebrok; *für mündliche oder schriftliche Auskünfte*: Paul Adenauer, Martin G. Ammermüller, Reinhart Bartholomäi,

Norbert Blüm, Dieter-Julius Cronenberg, Thomas Ebert, Herbert Ehrenberg, Anke Fuchs, Bernhard Jagoda, Klaus Michaelis, Werner Niemeyer, Georg Recht, Axel Reimann, Klaus Schenke, Dieter Schewe, Werner Tegtmeier, Ursula Voskuhl, Heinz Weiße und Detlev Zöllner. Leider können einige Personen den hier nachträglich nochmals ausgesprochenen Dank nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

Für die *finanzielle Unterstützung* in verschiedenen Phasen des Entstehungsprozesses dieser Arbeit danke ich der Universität Bremen, der Fritz Thyssen-Stiftung und dem Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung, das auch die Veröffentlichung förderte. Dank auch an Ilse König für die sorgfältige Betreuung der Drucklegung.

Besonderes zu danken habe ich Angelika Oelschläger und Gabriele Stöhr, die mich mit großem Einsatz in vielen Jahren bei der Materialbeschaffung und der redaktionellen Bearbeitung des Manuskripts unterstützten.

Niebüll, im Herbst 2017

Winfried Schmähl



## Anmerkung zu spezifischen Literaturhinweisen

Die nachfolgend aufgeführten Bände der *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945* – deren *Herausgeber* jeweils das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (für Band 7 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung) und das Bundesarchiv sind – werden in den folgenden Kapiteln dieses Buches jeweils nur mit einem Kurztitel zitiert: Name des *Autors* in: *Geschichte Band ...*

Für die *Bände 2 bis 7* sowie in Band *11* habe ich jeweils den Beitrag zum Thema „*Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene*“ geschrieben.

Geschichte Bd. 1

Grundlagen der Sozialpolitik. Baden-Baden 2001.

Geschichte Band 2/1

1945–1949: Die Zeit der Besatzungszonen – Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten. Hrsg. Udo Wengst. Baden-Baden 2001.

Geschichte Band 2/2

Die Dokumente für Band 2. Ab Band 3 wurden sie jeweils separat auf einer CD-Rom zur Verfügung gestellt. Die CD-Rom für Geschichte Band 3 enthält auch – nochmals – die Dokumente von Band 2/2.

Geschichte Band 3

1949–1957: Bundesrepublik Deutschland – Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Hrsg. Günther Schulz. Baden-Baden 2005.

Geschichte Band 4

1957–1966: Bundesrepublik Deutschland – Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands. Hrsg. Michael Ruck, Marcel Boldorf. Baden-Baden 2007.

Geschichte Band 5

1966–1974: Bundesrepublik Deutschland – Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs. Hrsg. Hans Günter Hockerts. Baden-Baden 2006.

Geschichte Band 6

1974–1982: Bundesrepublik Deutschland – Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit. Hrsg. Martin H. Geyer. Baden-Baden 2008.

Geschichte Band 7

1982–1989: Bundesrepublik Deutschland – Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform. Hrsg. Manfred G. Schmidt. Baden-Baden 2005.

Geschichte Band 8

1979–1961: Deutsche Demokratische Republik – Im Zuge des Aufbaus des Sozialismus. Hrsg. Dierk Hoffman, Michael Schwarz. Baden-Baden 2004.

Geschichte Band 9

1961–1971: Deutsche Demokratische Republik. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung. Hrsg. Christoph Kleßmann. Baden-Baden 2006.

## Geschichte Band 10

1971–1989: Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Hrsg. Christoph Boyer, Klaus-Dietmar Henke, Peter Skyba. Baden-Baden 2008.

## Geschichte Band 11

1989–1994: Bundesrepublik Deutschland – Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung. Hrsg. Gerhard A. Ritter. Baden-Baden 2007.

Die Bände 2–11 enthalten von den jeweiligen Herausgebern verfasste Beiträge zu den „Rahmenbindungen“ sowie den „sozialpolitischen Denk- und Handlungsfeldern“.

Ergänzend werden zwei Bände mit ausgewählten statistischen Angaben (veröffentlicht vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zitiert als:

*Geschichte, Statistik West:*

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 – Band West. Verfasser Herrmann Berrié. Bonn 1999.

*Geschichte, Statistik Ost:*

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (Band SBZ/DDR). Verfasser André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel (Forschungsbericht Sozialforschung 352). Bonn 2006.

Darüber hinaus werden die Beiträge aus dem folgende Handbuch zitiert als:

Name des *Autors*, in: *HDR ...*, d.i. Eberhard Eichenhofer, Herbert Rische, Winfried Schmähl (Hrsg.), Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung SGB VI (HDR), 2. Aufl. Köln 2012.

## Häufig verwendete Abkürzungen

ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann Stiftung
ALG	Gesetz über die Altershilfe für Landwirte
Alg	Arbeitslosengeld
Alhi	Arbeitslosenhilfe
AnV	Angestelltenversicherung
ArV	Arbeiterrentenversicherung
AuS-Ausschuss	Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik des Bundestages
BAG	Bundesarbeitsgericht
BArbBl	Bundesarbeitsblatt (Zeitschrift)
BArch	Bundesarchiv
BDA	Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BMA	Bundesministerium für Arbeit (bis Oktober 1957), danach Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BR	Bundesrat
BSG	Bundessozialgericht
BT	Bundestag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BU-Rente	Berufsunfähigkeitsrente
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich Soziale Union
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
DAngVers	Die Angestelltenversicherung (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Drs.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung (Zeitschrift)
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union

EU-Rente	Erwerbsunfähigkeitsrente
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
FZR	Freiwillige Zusatzrentenversicherung (DDR)
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
GVG	Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung
HEZG	Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz
Hrsg.	Herausgeber
IG	Industriegewerkschaft
Jg.	Jahrgang
KnRV	Knappschaftliche Rentenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
LVA	Landesversicherungsanstalt
LZB	Landeszentralbank
M	Mark (der SBZ/DDR)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MDir	Ministerialdirektor
MinDirig	Ministerialdirigent
MR/MinRat	Ministerialrat
Mio	Millionen
Mrd	Milliarden
NBL	Neue Bundesländer
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
o. D.	ohne Datum
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization für Economic Cooperation and Development)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienst, Transport und Verkehr
o. J.	ohne Jahresangabe
o. O.	ohne Ortsangabe
o. Verf.	ohne Verfasserangabe
p. a.	per annum, pro Jahr
PA	Parlamentsarchiv (des Bundestags)
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär (auch Parl.StS)
RD	Regierungsdirektor
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RRG	Rentenreformgesetz
RÜG	Rentenüberleitungsgesetz

RV	Rentenversicherung
RVO	Reichsversicherungsordnung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SF	Sozialer Fortschritt (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SozSich	Soziale Sicherheit (Zeitschrift)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRH	Sozialrechtshandbuch
StBA	Statistisches Bundesamt
StenBerBT	Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages
StS	Staatssekretär
SVAA	Sozialpflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten (DDR)
SPK	Staatliche Plankommission (DDR)
VAB	Versicherungsanstalt Berlin
VAP	Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
WiSta	Wirtschaft und Statistik (Zeitschrift)
ZeS	Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen
ZIAs	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozial- recht
ZK	Zentralkomitee
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
z. T.	zum Teil





## Kapitel 1

# Alterssicherungssysteme und Alterssicherungspolitik: Gestaltungsoptionen, Einflussfaktoren und Akteure – ein Überblick

### 1. Funktion und Aufbau dieses Kapitels

Sowohl für den einzelnen Bürger als auch für die Gesellschaft insgesamt sind die Absicherung im Alter, bei Invalidität und bei Tod des Ernährers der Familie sowie deren jeweilige Finanzierung von herausragender Bedeutung.

Einige wenige Daten mögen das illustrieren: So entfielen 2015 39,0% der Sozialausgaben in Deutschland, die im Sozialbudget der Bundesregierung erfasst wurden, allein auf den Tatbestand „Alter und Hinterbliebene“. Das entsprach rund 10,9% des Bruttoinlandsprodukts (2015) und verdeutlicht damit die *gesamtwirtschaftliche Bedeutung* von Alterssicherungssystemen. Hierbei ist die Privatvorsorge noch nicht einmal einbezogen.

Betrachtet man die Einkommen aller in Deutschland lebenden Personen im Alter ab 65 Jahre, so bestand deren Bruttoeinkommen – im Durchschnitt – zu 85 % aus Einkünften verschiedener ganz oder teilweise öffentlich finanzierter Alterssicherungssysteme. Dies illustriert die *erhebliche einzelwirtschaftliche Bedeutung* von Alterssicherung für die Privathaushalte. Allerdings existierten erhebliche Unterschiede in Höhe und Zusammensetzung des „Alterseinkommens“ z. B. zwischen West- und Ostdeutschland oder zwischen Männern und Frauen.<sup>1</sup>

In der öffentlichen Diskussion finden Fragen der Alterssicherung stets große Aufmerksamkeit, insbesondere dann, wenn hier eine „Krise“ vorausgesagt wird und tiefere Änderungen angestrebt werden. Mit der Gestaltung von Alterssicherung verbundene Entscheidungsprozesse sind außerordentlich vielgestaltig und komplex. Das betrifft sowohl Entscheidungen einzelner Bürger bzw. Haushalte als auch die politischer Entscheidungsträger. Sie werden stets von mannigfachen Faktoren beeinflusst.

Bevor auf die vielschichtige historische Entwicklung der deutschen Alterssicherungspolitik eingegangen wird, sei daher ein kurzer Überblick gegeben über

---

<sup>1</sup> Detaillierte Angaben hierzu finden sich z. B. im Alterssicherungsbericht 2016 der Bundesregierung.

wichtige Elemente von Alterssicherungssystemen sowie über Einflussfaktoren und Akteure, die für Entscheidungen in der Alterssicherungspolitik eine Rolle spielen (können). Damit ist die Hoffnung verbunden, dass Entwicklungen und Veränderungen, die sich in diesem komplexen Themenfeld in vielfältiger Weise vollzogen haben, besser verständlich werden und manche der immer wieder auftauchenden Fragen leichter eingeordnet werden können.

Dazu werden zunächst *formelle Alterssicherungssysteme*, die Gegenstand dieses Buches sind, von anderen, die Einkommenslage im Alter beeinflussenden Elementen abgegrenzt (2.). Ausführlicher wird dann auf grundlegende Entscheidungen und Gestaltungsoptionen formeller Alterssicherung hingewiesen (3.). Darauf aufbauend wird die in Deutschland derzeit existierende organisatorische Struktur der Alterssicherung skizziert (3.1) und zentrale Zielvorstellungen und Konzeptionen der Alterssicherungspolitik werden dargelegt (3.2), bevor auf wichtige Instrumente zur Gestaltung von Leistungen und deren Finanzierung eingegangen wird (3.3). Abschließend wird der Blick auf wichtige Einflussfaktoren und Akteure bei Entscheidungen in der Alterssicherungspolitik gelenkt und zugleich auch auf Schwierigkeiten ihrer Darstellung und Analyse (4.).

## 2. Zur Abgrenzung formeller Alterssicherungssysteme

Altersvorsorge und -absicherung können in sehr unterschiedlicher Weise erfolgen, insbesondere im Rahmen *formeller Alterssicherungssysteme*. Der Begriff „formelle“ Systeme soll zur Abgrenzung von (im Prinzip) informeller Alterssicherung dienen, wie sie insbesondere im Familienverband erfolgen kann in Form von monetären Leistungen und/oder als Realtransfers (in Form von Hilfen und Betreuung). Allerdings können hier die Grenzen fließend sein bzw. sich im Zeitverlauf verschieben, wenn man beispielsweise an den Agrarsektor denkt mit formellen intrafamilialen Regelungen für das Altenteil.

Von Einfluss für die Situation im Alter können aber auch andere Einrichtungen und Maßnahmen sein, die z. B. die Einkommenslage unter Umständen beträchtlich mitprägen. Was jeweils zu den „formellen“ Alterssicherungssystemen zählt, kann sich im Zeitverlauf verändern. So war bis in jüngster Zeit die auf Bedürftigkeitsprüfung basierende Sozialhilfe (früher als Fürsorge bezeichnet) – die erst nach Berücksichtigung aller Einkünfte zur Aufstockung unzureichenden Einkommens gewährt wird – zwar auch im Alter relevant, jedoch zugleich in allen anderen Lebensphasen, war also keine spezifische Form der Alterssicherung. Erst ab 2003 wurde in Deutschland eine den Regelungen der Sozialhilfe weitgehend entsprechende „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ eingeführt, die damit faktisch zu einem Element des deutschen Alterssicherungssystems wurde.

Hilfs- und Pflegebedürftigkeit – die besonders für die späte Lebensphase von Bedeutung sind – oder Krankheit können mit erheblichen zusätzlichen Ausgaben verbunden sein. Je nachdem, was hiervon z. B. von einer Kranken- und/oder Pflegeversicherung abgedeckt wird, beeinflusst dies die Einkommenslage im Alter erheblich. Bei niedrigem Niveau von Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung können somit die zur Finanzierung des Lebensunterhalts verfügbaren Mittel aus speziellen Alterssicherungssystemen beträchtlich beansprucht werden. Man sieht hieran bereits, dass insbesondere die Lebenshaltungssituation im Alter (die maßgebend vom Einkommen geprägt wird) von vielen Faktoren – und nicht nur von den Alterssicherungssystemen – beeinflusst wird. Neben dem Bezug von Leistungen aus spezifischen Alterssicherungssystemen können Einkünfte im Alter aus sehr unterschiedlichen öffentlichen Quellen fließen, z. B. aus öffentlichen Transferzahlungen für bestimmte Personengruppen (wie beispielsweise für Kriegsgopfer) oder für bestimmte Ausgabenzwecke (wie Wohngeld zur Reduzierung der Belastung durch Wohnungsmieten). All dies zählt aber nicht zu den Leistungen von Alterssicherungssystemen.<sup>2</sup>

Im Zentrum dieses Buches stehen formelle Systeme der Alterssicherung, die in Deutschland – zumindest soweit sie *gesetzlicher* Natur sind – in der Regel auch mit sozialer Sicherung bei Invalidität und für Hinterbliebene (Witwen/Witwer und Waisen) verbunden sind. Sie stellen (überwiegend) Geldleistungen bereit.<sup>3</sup> Andere für die Situation im Alter wichtige Faktoren werden insbesondere dann berücksichtigt, wenn sie im Zusammenhang mit formellen Alterssicherungssystemen bedeutsam sind (z. B. in Form der Krankenversicherung von Rentnern).

### 3. Grundlegende Entscheidungen und Gestaltungsoptionen für die (formelle) Alterssicherung

Bereits in der „Gründungsphase“ der Sozialversicherung in Deutschland wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine intensive wissenschaftliche und politische Diskussion über strukturgestaltende Elemente von Alterssicherungssystemen geführt und darüber schließlich vom Gesetzgeber entschieden. Auch in

---

<sup>2</sup> Darüber hinaus können auch im Alter Erwerbseinkünfte weiterhin eine Rolle spielen oder private Transfers (z. B. innerhalb der Familie).

<sup>3</sup> Nicht speziell eingegangen wird hier auf die Rehabilitation (Heilbehandlungen), die insbesondere von der gesetzlichen Rentenversicherung durchgeführt wird, wie auch allgemein auf die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit und im Krankheitsfall, sofern dies nicht unmittelbar für die Einkommenslage im Alter von Bedeutung ist. Gleiches gilt für die Sozialhilfe (bzw. Fürsorge) vor Einführung der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit“. – Erwähnt sei, dass es lange Zeit zumindest umstritten war, ob die Beamtenversorgung auch unter den Begriff „soziale Sicherung“ zu subsumieren sei. Auch spielte sie erstaunlicherweise in der Finanzwissenschaft lange eine wenig beachtete Rolle.

der Folgezeit standen immer wieder grundlegende Entscheidungen und Gestaltungsoptionen auf der politischen Tagesordnung, so z. B. nach Ende des Zweiten Weltkriegs und im Prozess der deutschen Wiedervereinigung nach 1989.<sup>4</sup> Deshalb können die nachfolgend aufgezeigten Optionen es erleichtern, Maßnahmen, Diskussionen und Entwicklungen, die in den folgenden Kapiteln behandelt werden, einzuordnen sowie Kontinuität und Diskontinuität deutlicher zu erkennen.

Seit über die Einführung einer *gesetzlichen* Absicherung für den Fall von Invalidität und Alter nicht nur Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern diskutiert wird, ging und geht es immer wieder um bestimmte grundlegende Konzepte und entscheidungsbedürftige Fragen, die zum Teil eng miteinander verknüpft sind. Sie beziehen sich auf

- die organisatorische Struktur des Alterssicherungssystems und die dafür relevanten Grundentscheidungen (3.1),
- Ziele und Konzeptionen der Alterssicherungspolitik (3.2) sowie
- Instrumente der Alterssicherungspolitik (3.3).

### 3.1 Zur organisatorischen Struktur von Alterssicherungssystemen

#### 3.1.1 Grundentscheidungen

*Wer entscheidet* über Art und Ausmaß der Altersvorsorge und -sicherung – der Staat, die Privathaushalte, die Arbeitgeber? Eine wichtige Ausgangsentscheidung betrifft generell die *Rolle des Staates* in der Alterssicherung, sowohl hinsichtlich des *Ausmaßes* als auch der *Art* seiner Aktivitäten. So schlagen sich das Beschaffen von Finanzierungsmitteln für die Alterssicherung, die Bereitstellung und Abwicklung von Leistungen wie auch die Organisation in öffentlichen Haushalten nieder, sind also *budgetwirksam* und finden in der öffentlichen Diskussion besondere Beachtung. *Nicht primär budgetwirksam* – aber durchaus einflussreich – ist dagegen die Rolle des Staates als Gesetz- und Ordnungsgeber im Zusammenhang mit Regulierung, Aufsicht usw. Dabei ist jeweils der Umfang

---

<sup>4</sup> Eine Zusammenstellung solcher bei der Reorganisation der Alterssicherung zu entscheidenden Fragen wurde z. B. 1945 von einem bis zum Kriegsende im Reichsarbeitsministerium in leitender Position tätigen Mitarbeiter verfasst, um damit auf Beratungen der Besatzungsmächte einzuwirken (s. Beilage zum Schreiben von Wilhelm Dobbernack an Hellmuth(!) Lehmann v. 24.12.1945. BArch, DQ 2/4043). In jüngerer Zeit wurde die Bedeutung solch zentraler Gestaltungsoptionen auch in Mittel- und Osteuropa offenkundig, als dort im Zuge der Transformation von einer zentral gelenkten zu einer marktorientierten Wirtschaft auch über die Anpassung von Alterssicherungssystemen an die neuen ökonomischen und politischen Bedingungen zu entscheiden war. S. dazu Schmähl, Winfried/Horstmann, Sabine (Hrsg.): Transformation of Pension Systems in Central and Eastern Europe. Cheltenham, UK und Northampton, MA, USA 2002. Für die Umgestaltung der Alterssicherung in der ehemaligen DDR bestand mit dem, was sich in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik herausgebildet hatte, zwar ein „Vorbild“. Dennoch wurden auch in dieser Phase manche Grundsatzfragen aufgeworfen.

staatlicher Tätigkeit wichtig, womit zugleich die Entscheidung verbunden ist, welche Rolle der Privatsektor im Bereich der Alterssicherung einnimmt bzw. einnehmen soll.

Handelt es sich um *obligatorische* oder um *freiwillige Formen der Alterssicherung*? Bei einem *Obligatorium* (einer verpflichtenden Regelung) ist von zentraler Bedeutung, *wer* als *Pflichtmitglied* in ein Alterssicherungssystem einbezogen wird: die Gesamtheit aller Bürger oder nur Angehörige bestimmter Personengruppen? Im letztgenannten Fall geht es dann darum, *wie* die zur Pflichtmitgliedschaft verpflichteten *Gruppen abgegrenzt* werden. Dafür gibt es höchst unterschiedliche Kriterien, so beispielsweise

- die *Art der* Erwerbstätigkeit (unselbstständig Beschäftigte – Arbeiter, Angestellte, Beamte –, Selbstständige) oder
- die Abgrenzung nach bestimmten *Wirtschaftszweigen oder Berufen* (Bergbau, Landwirtschaft, „freie Berufe“ sowie welche davon, z. B. Ärzte, Rechtsanwälte).

Die *Pflichtmitgliedschaft* kann aber auch von einer bestimmten *Lohn- oder Einkommenshöhe* abhängig sein – im Sinne einer Untergrenze (wann die Pflichtmitgliedschaft beginnt, „Geringfügigkeitsgrenze“) oder als Obergrenze (also eine „Versicherungspflichtgrenze“, nach deren Überschreiten keine Pflichtmitgliedschaft mehr besteht, so wie sie es in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung lange für die Gruppe der Angestellten gab).

Die Versicherungspflicht kann zudem *zeitlich begrenzt* sein, beispielsweise dann enden, wenn ein *bestimmtes Sicherungsniveau* erreicht ist (wenn z. B. die Altersrente höher als der Sozialhilfeanspruch ist) oder eine gewisse Zahl von *Versicherungsjahren* (wie in Deutschland in der gesetzlichen Rentenversicherung bei selbstständigen Handwerkern).

Zwischen Pflicht und Freiwilligkeit können unterschiedliche Zwischenstufen bestehen, so wenn der Gesetzgeber versucht, die im Prinzip freiwillige Entscheidung durch *Förderung* (Zulagen, Steuervergünstigung) zu beeinflussen, wie dies z. B. in Deutschland neuerdings bei bestimmten Formen der Privatvorsorge der Fall ist.

Als *Träger* von formellen Alterssicherungssystemen kommen neben dem Staat (d. h. den Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungen) auch Unternehmen in Frage, sei es in ihrer Funktion als Arbeitgeber (betriebliche Alterssicherung) oder als Anbieter von Produkten (wie im Fall von Lebensversicherungsunternehmen).

Aus diesen verschiedenen Gestaltungselementen resultiert die organisatorische Struktur des gesamten Alterssicherungssystems. Verdeutlicht sei dies beispielhaft an der Situation, wie sie sich in Deutschland bis in die ersten Jahre nach der Jahrtausendwende herausgebildet hatte (s. dazu auch weiter unten die Übersicht 1.1).

### 3.1.2 Die verschiedenen Schichten des deutschen Alterssicherungssystems<sup>5</sup>

Der folgende Abschnitt bezieht sich primär auf die Situation, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik und nach der Wiedervereinigung für ganz Deutschland darstellt.

Das Alterssicherungssystem in Deutschland besteht seit Langem aus verschiedenen *Schichten*:<sup>6</sup> einer ersten Schicht in Form einer obligatorischen *Regelsicherung* für bestimmte Personengruppen (die damit zugleich die Basis ihrer Alterssicherung bildet) sowie einer zweiten und dritten Schicht als *ergänzende* und *zusätzliche* Sicherung.

Träger der *ersten (obligatorischen) Schicht* der Regelsicherung sind zumeist staatliche Einrichtungen der Alterssicherung.<sup>7</sup> In Deutschland waren dies bereits Ende des 19. Jahrhunderts die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) (mit Sonderregelungen für im Bergbau Beschäftigte, „Knappschaftliche Rentenversicherung“) und die Beamtenversorgung. Daneben wurde später als Sondersystem für im Agrarsektor selbstständig Tätige die Landwirtschaftliche Alterssicherung eingeführt, ein sektorbezogenes spezielles staatliches System. Auch die Künstler-sozialversicherung ist ein Sondersystem. Ein Beispiel für eine zwar auch obligatorische, aber nicht staatlich organisierte Form der Alterssicherung stellen die für Angehörige bestimmter freier Berufe bestehenden Berufsständischen Versorgungswerke dar, die für den jeweiligen Personenkreis (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte) die Regelsicherung bilden.

Die *ergänzende*, auf der jeweiligen Regelsicherung aufbauende *zweite Schicht* der Alterssicherung knüpft in Deutschland an das Beschäftigungsverhältnis an und ist in der Privatwirtschaft als freiwillige betriebliche Einrichtung organisiert, für Beschäftigte im öffentlichen Sektor dagegen durch tarifvertragliche Regelung quasi-obligatorisch. Andere – mögliche – Optionen wären obligatorische Einrichtungen, die vom Betrieb selbst oder auch unabhängig davon organisiert sind (wie dies z. B. in der Schweiz erfolgt).

<sup>5</sup> Zum Überblick s. z. B. Schmähl, Winfried: Das Gesamtsystem der Alterssicherung. In: Handbuch zur Altersversorgung. Hrsg. v. Cramer, Jörg-E./Förster, Wolfgang/Ruland, Franz. Frankfurt a. M. 1998, S. 59–83, sowie – auch zu quantitativen Angaben – der neuerdings in jeder Legislaturperiode von der Bundesregierung vorzulegende „Alterssicherungsbericht“.

<sup>6</sup> In der wissenschaftlichen, politischen und generell der öffentlichen Diskussion wird zumeist von „Säulen“ der Alterssicherung und nicht von Schichten gesprochen. M. E. ist jedoch der Begriff der Schicht angemessener, denn zumeist bauen verschiedene Formen der Alterssicherung aufeinander auf, wie z. B. betriebliche Alterssicherung zur Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Bild der „Säulen“ suggeriert dagegen etwas ähnlich Starkes, Nebeneinanderstehendes, was der Realität – auch in Deutschland – nicht entspricht, allerdings von manchen Akteuren durchaus angestrebt wird.

<sup>7</sup> Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurden in wenigen Ländern als erste Schicht (also als Basis der Alterssicherung eines Landes) obligatorische Formen der Altersvorsorge geschaffen, die nicht staatlich, sondern privatwirtschaftlich organisiert sind, so in Chile und Kasachstan.

Als *dritte Schicht* für die zusätzliche Sicherung sind freiwillige Formen der individuellen Altersvorsorge bei unterschiedlichen Trägern anzusehen, entweder mit versicherungstypischem Risikoausgleich (insbesondere im Hinblick auf die unterschiedliche Lebenserwartung) oder als reine Sparprodukte, also ohne diesen Risikoausgleich (z. B. als Banksparplan). Denkbar ist aber auch hier eine obligatorische Regelung – entweder als dritte Schicht oder für bestimmte Personengruppen sogar als erste Schicht, was z. B. für manche Gruppen von Selbstständigen in Erwägung gezogen wird.

Die Grenze zwischen betrieblicher und privater Alterssicherung ist in Deutschland in jüngster Zeit aufgeweicht worden, was insbesondere an der Einführung beitrags- und steuerbefreiter *Entgeltumwandlung* zu erkennen ist: Während in (West-)Deutschland betriebliche Alterssicherung traditionell in der Regel von Arbeitgebern finanziert wurde (und von diesen u. a. als Instrument der Personalpolitik genutzt wird), erfolgt die Finanzierung der Entgeltumwandlung in der Regel allein oder weit überwiegend durch den Arbeitnehmer, da hierbei ein Teil des Lohnes nicht ausbezahlt, sondern in eine Form der betrieblichen Alterssicherung umgewandelt wird. Träger ist zwar der Betrieb, aber (in der Regel) nicht der Financier. Entgeltumwandlung ist damit faktisch eine Form privater Vorsorge.

Während die Abgrenzung der spezifischen Systeme gesetzlicher Art und der sie ergänzenden betrieblichen Formen als Einrichtungen der Alterssicherung eindeutig möglich ist, bestehen erhebliche (empirische) Abgrenzungsprobleme bei der privaten Vorsorge. Von dieser werden hier nur solche Formen berücksichtigt, die in der Regel gezielt der Alterssicherung dienen, so insbesondere die private Lebensversicherung (obgleich deren Leistungen auch anderen Verwendungszwecken dienen können) sowie die (in jüngster Zeit) gezielt aus öffentlichen Mitteln geförderte (d. h. subventionierte) private Altersvorsorge. Denn die staatliche Förderung bestimmter Formen der freiwilligen privaten Altersvorsorge erfolgt nur, wenn diese Form spezifischen Kriterien genügt (und zertifiziert wird) sowie einen bestimmten Umfang weder unter- noch überschreitet. Die Entscheidung, ob diese zertifizierten Formen gewählt werden, bleibt jedoch den privaten Haushalten überlassen.<sup>8</sup> Im Falle eines Obligatoriums privater Vorsorge, was um das Jahr 2000 auch ursprünglich geplant war, hätte für die Privathaushalte keine Entscheidungsfreiheit mehr darüber bestanden, ob sie diese Art der Altersvorsorge überhaupt wollen.<sup>9</sup>

Im Zeitablauf können sich (zum Teil beträchtliche) *Verschiebungen in den Gewichten zwischen den einzelnen Schichten* ergeben – z. B. durch größere Ver-

---

<sup>8</sup> Es ist aber zu berücksichtigen, dass materielle Vorsorge für das Alter wie insbesondere auch die Einkommenssituation im Alter generell von mannigfachen Faktoren beeinflusst werden und in vielfältiger Weise in Zusammenhang stehen mit Entscheidungen und Maßnahmen, die in anderen Bereichen als den Alterssicherungssystemen getroffen werden, so insbesondere auch zur Besteuerung.

<sup>9</sup> Eine generelle Subventionierung aus öffentlichen Mitteln wäre dann aber kaum erfolgt.



breitung betrieblicher oder privater Alterssicherung. Hierzu tragen nicht zuletzt politische Entscheidungen bei. Dies wird später deutlich werden.

Außerdem können *neue Schichten* hinzutreten. So wurde in Deutschland gewissermaßen als „nullte“ Schicht im Jahre 2003 eine bedürftigkeitsgeprüfte Form der Alterssicherung („bedarfsorientierte Grundsicherung“) eingeführt, die weitgehend den vorher maßgebenden Regelungen der Sozialhilfe entspricht. Dabei wird jeweils nach einer umfassenden Bedürftigkeitsprüfung unzureichendes Einkommen aufgestockt. Während zuvor die Sozialhilfe nicht als Element des Alterssicherungssystems aufzufassen war (aber durchaus in manchen Zeitphasen für viele Haushalte die Einkommenslage im Alter z. T. maßgebend mitbestimmen konnte), wurde nun ein ausdrücklich auf die Altersphase ausgerichtetes System (d. h. für Personen ab Vollendung des 65. Lebensjahres) eingeführt.<sup>10</sup>

Das zweite „aktuelle“ Beispiel für eine Veränderung in der Struktur der Schichten ist die bereits erwähnte Untergliederung der „dritten Schicht“ in zertifizierte (und damit förderfähige) oder nicht zertifizierte Formen der Altersvorsorge. Damit wurde das ohnehin komplexe und in seiner Struktur als „historisch gewachsen“ bezeichnete System der deutschen Alterssicherung um zusätzliche Elemente erweitert.

Exemplarisch wird in Übersicht 1.1 die organisatorische Struktur des deutschen Alterssicherungssystems dargestellt, die sich allmählich herausgebildet hat und zuletzt durch politische Entscheidungen im Jahre 2001 verändert wurde (durch Einführung der Grundsicherung und durch gezielt geförderte Formen privater Vorsorge).

Die *staatlichen* Systeme der Alterssicherung können organisatorisch *in allgemeine Staatshaushalte integriert* sein (wie die Beamtenversorgung) oder sie können *eigenständige Einrichtungen mit separatem Budget* und unterschiedlich weitreichender Autonomie (*Selbstverwaltung*) sein, wie bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts bei Sozialversicherungen (also auch der gesetzlichen Rentenversicherung, GRV). Hierfür bestanden auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik für lange Zeit drei separate Systeme, und zwar organisatorisch getrennt für Arbeiter, Angestellte sowie für im Bergbau beschäftigte Arbeitnehmer (Knappschaftliche Rentenversicherung). Für die „Arbeiterrentenversicherung“ existierten (wie bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts) *regionale* Träger (Landesversicherungsanstalten), während für Angestellte (wie auch für im Bergbau Tätige) eine Bundes-(früher Reichs-)anstalt bestand.

Die Rentenversicherungsträger waren in der Bundesrepublik auch nicht mit anderen Zweigen der Sozialversicherung (wie Arbeitslosen-, Kranken- oder Unfallversicherung) unter einem Dach zusammengefasst, wie dies – somit grundlegend anders – nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. später in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erfolgte.

---

<sup>10</sup> Zugleich auch für dauerhaft Erwerbsgeminderte.

Übersicht 1.1: Struktur des Alterssicherungssystems für verschiedene Bevölkerungsgruppen in Deutschland.

Individuelle ergänzende Sicherung		Nicht geförderte private Alterssicherung (Lebensversicherungen, Ersparnisse, Altenteil usw.)					Zusatzversicherung im öffentl. Dienst	Beamtenversorgung
		Geförderte zertifizierte private Alterssicherung <sup>1)</sup>						
Zusatzsysteme	Berufsständische Versorgungswerke <sup>3)</sup>	Knappschaft (Deutsche Rentenversicherung)	Betriebliche Altersversorgung	Regional- und Bundesträger der Deutschen Rentenversicherung	Sonderreinrichtungen oder -regelungen für Selbstständige innerhalb der GRV	Alterssicherung der Landwirte <sup>2)</sup>	Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)	
								Freiwillige Versicherung
Gesetzlich verankerte Systeme								
Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter								
Personenkreis	Nicht pflichtversicherte Selbstständige	Freiberuflich Tätige	Landwirte	Selbstständige nach §§ 2+4 SGB VI (Handwerker, Künstler u. a., Versicherungspflichtige auf Antrag)		Beschäftigte im Bergbau	Sonstige	Beamte, Richter und Berufssoldaten
	Selbstständige					Arbeiter und Angestellte		
Privater Sektor							Öffentlicher Dienst	

1) Förderung auch für Ehepartner ohne eigenen Anspruch, wenn der erste Ehepartner den vollen Mindesteigenbetrag leistet und ein eigener Vertrag besteht.

2) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger; als Teilversorgung, ergänzt durch betriebliche Maßnahmen (Altenteil).

3) Berufsständische Versorgungswerke, oft auch für abhängig Beschäftigte in der jeweiligen Branche.

Quelle: Ergänzte und aktualisierte Darstellung basierend auf Schmähl, Winfried: Gesetzliche und betriebliche Alterssicherung für verschiedene Gruppen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – Erfahrungen und Zukunftsaufgaben. In: Deutsche Rentenversicherung 1986, S. 684–701.

Nach der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegs-Teilstaaten wurde die in der DDR vorgenommene Verschmelzung der verschiedenen Versicherungszweige wieder aufgehoben. 2005 endete dann im wiedervereinigten Deutschland auch die organisatorische Trennung von Arbeitern und Angestellten in der GRV. Allerdings blieb es bei dem Dualismus zwischen regionalen Trägern und einem Bundesträger – beide oft als „allgemeine Rentenversicherung“ bezeichnet –, im Unterschied zum weiterhin bestehenden Sondersystem der Knappschaftlichen Rentenversicherung<sup>11</sup> wie auch bei der Alterssicherung der Landwirte und der Künstlersozialversicherung.

Zu beachten ist, dass der Verbreitungsgrad der verschiedenen Formen der Alterssicherung in den drei Schichten des deutschen Alterssicherungssystems unterschiedlich ist und auch innerhalb einer Form – z. B. der betrieblichen Alterssicherung – stark divergieren kann (z. B. nach Wirtschaftszweig, Unternehmensgröße). Gleiches gilt auch für die Höhe der in den verschiedenen Alterssicherungssystemen geleisteten Zahlungen und damit für deren Bedeutung z. B. für das Einkommen der einzelnen Privathaushalte sowie auch gesamtwirtschaftlich (also hinsichtlich der Summe von Ausgaben und der jeweiligen Finanzierungsarten). Wie die Systeme hinsichtlich ihrer Ziele, ihrer Leistungen und Finanzierung ausgestaltet sein können, verdeutlicht der folgende Abschnitt.

### 3.2 Ziele und Konzeptionen der Alterssicherungspolitik<sup>12</sup>

Bei den *verteilungspolitischen Zielen*,<sup>13</sup> die mit einem Alterssicherungssystem insgesamt bzw. für verschiedene seiner Schichten verfolgt werden, stehen vor allem zwei grundlegende Fragen im Zentrum:

(I) Was ist das *dominierende Ziel* des Sicherungssystems:

(Ia) Geht es primär um *Vermeidung von (Einkommens-)Armut im Alter* (also um irgendeine Form der Mindestsicherung) oder

(Ib) soll die Absicherung im Alter am früheren Einkommen orientiert sein, also eine einkommensbezogene, über reine Armutsvermeidung hinausreichende Absicherung im Alter (bzw. bei Invalidität oder Tod des Ernährers) erreicht werden, um hierdurch eine *Verstetigung von Einkommen bzw. Konsum im Lebensablauf* zu ermöglichen, vor allem beim Übergang von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase und/oder während dieser Phase?

<sup>11</sup> Organisatorisch zusammengefasst mit der früheren „Seekasse“ und der Bahnversicherungsanstalt als Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

<sup>12</sup> In diesem Abschnitt taucht eine Vielzahl an Begriffen auf, die in der Literatur bzw. der (politischen) Diskussion eine Rolle spielen. Mehr als ihre knappe Charakterisierung kann hier allerdings nicht erfolgen.

<sup>13</sup> Hierbei ist auf die Kernaufgabe von Alterssicherung abgestellt. Immer wieder wurden und werden jedoch auch weitere Ziele, bis hin zu wirtschaftspolitischen Aufgaben – wie die „Stärkung“ des Kapitalmarktes – genannt.

## Personenregister\*

- Abel, Wilhelm 272  
Abelshauer, Werner 85, 101, 228, 236,  
263, 559f., 644f., 652, 686  
Aching, Hans 57, 218–220, 353, 447  
Adam-Schwaetzer, Irmgard 663, 746,  
749, 811  
Adenauer, Konrad 169, 174, 232f., 311,  
440  
Adenauer, Paul 221, 224, 230f.  
Albers, Willi 476f., 498, 656, 680  
Ammermüller, Martin G. 894, 897, 901,  
904  
Apel, Hans 563, 596, 603, 609, 614, 618f.,  
631f., 643–647, 650  
Arendt, Walter 373f., 437, 439, 486–488,  
491, 499, 504, 508f., 517–519, 563, 567,  
570, 588–592, 595f., 599–618, 685  
Auerbach, Walter 137f., 200–202, 208,  
232, 240, 272f., 345f., 396, 486  
  
Babel, Gisela 927, 941, 943, 968, 1010f.,  
1055, 1120  
Baker, Herbert W. 103–105, 115f.  
Baring, Arnulf 32, 429, 437–439, 604, 616  
Bebel, August 50  
Behrens, Fritz 298  
Berié, Hermann 436, 448, 592  
Berthold, Norbert 1103f.  
Beveridge, William 89, 138, 201f., 208,  
212  
Biedenkopf, Kurt 564, 600, 657, 665, 674,  
730, 733, 774f., 790, 818, 881, 1035,  
1037, 1039, 1046, 1049, 1085f.  
Bihl, Konrad 207f.  
Birg, Herwig 1076, 1096f., 1104  
Bismarck, Otto von IX, 22, 37, 39–46,  
51f., 58, 64, 71, 84, 229  
  
Blank, Theodor 322, 324, 336, 343–345,  
403  
Blessing, Karl 334  
Blücher, Franz 223f., 240, 270  
Blüm, Norbert 577, 591, 625–627, 651,  
686, 730f., 738–753, 761–765, 769, 775,  
777, 788–792, 801f., 806–808, 810–815,  
819–826, 832, 853f., 869–887, 891–893,  
899–901, 907f., 911–919, 922, 969f.,  
999, 1007–1009, 1020, 1025f., 1032,  
1037–1040, 1046–1048, 1052–1054,  
1057f., 1132  
Börsch-Supan, Axel 1092, 1096–1098,  
1101–1103, 1121  
Bogs, Walter 57, 215–219, 223, 240, 269f.,  
305, 323f., 329, 332, 338, 353, 386, 447,  
715, 828f., 998, 1034  
Bombach, Gottfried 206  
Borscheid, Peter 71–73, 93, 147, 151, 213,  
274, 317, 385, 539  
Braef, Paul 324, 339, 411, 479  
Brandt, Willy 32, 400, 429, 431, 435, 438,  
440, 485, 517, 537, 556, 558, 563, 565,  
600, 609, 646, 695, 845, 868  
Brentano, Lujo 46, 50  
Breyer, Friedrich 1094  
Bühler, Theodor 83–87, 211  
  
Cronenberg, Dieter-Julius 652, 662f.,  
682–684, 703, 745–749, 764–768, 775,  
801f., 806, 809f., 813–816, 820, 823f.,  
853, 889, 892, 914, 927, 975, 1008,  
1039  
Dahlgrün, Rolf 362f.  
Daykin, Christopher 1095  
Deneke, Diether 273

---

\* Bei Autorennamen ist nicht jede Fundstelle erwähnt.

- Dobbernack, Wilhelm 4, 58, 74–76, 86 f.,  
103, 107, 112–117, 126, 135–140, 144,  
160–166
- Dräger, Heinrich 205 f., 226
- Dreßler, Rudolf 437, 647, 811–813,  
816 f., 820, 823–826, 854–856, 877 f.,  
885–887, 891, 909, 914, 920, 922, 927,  
929, 946, 999, 1010 f., 1047, 1049, 1119
- Ebert, Thomas 684, 791, 879
- Eckert, Josef 85, 136 f., 145, 186, 188, 216
- Eekhoff, Johann 962, 1128
- Egert, Jürgen 638, 647, 791, 812, 817, 826,  
895, 906
- Ehler, Hans-Jörg 61, 70–79, 92–95, 135,  
144, 275–279, 389, 395, 535, 538, 716,  
829, 1032, 1053
- Ehmke, Horst 436, 614
- Ehrenberg, Herbert 347, 491, 493, 563,  
599, 616–621, 626, 630, 632, 636, 640,  
645–648, 664, 684–690, 699, 705, 753,  
760, 774 f.
- Eichler, Wolfgang 468 f., 498, 527 f., 582
- Elsholz, Konrad 193, 242, 327, 342 f., 386
- Erhard, Ludwig 149, 168, 174, 191, 216,  
223, 233, 236, 239, 242, 255, 269, 311,  
317, 322, 353, 371 f., 413, 432, 441–443,  
564
- Eucken, Walter 168, 285
- Färber, Gisela 980, 1039, 1064, 1067,  
1071
- Feld, Lars 1054
- Fink, Ulf 435, 493, 495 f., 508 f., 600, 764,  
788, 790, 801 f., 882, 885, 888
- Fischer, Andrea 999, 1038
- Föhl, Carl 353, 387 f.
- Frank, Johann 435, 451, 460, 493, 509,  
538, 600
- Franke, Heinrich (Heinz) 576 f., 674 f.
- Frehsee, Heinz 272–274, 397 f.
- Friderichs, Hans 603, 609, 679
- Fuchs, Anke 647, 678, 684–688, 736, 749,  
753, 805, 822
- Galbraith, John Kenneth 311
- Geißler, Heiner 435, 495, 564, 589, 594,  
600, 615, 625, 656 f., 730 f., 788, 790
- Genscher, Hans-Dietrich 602, 608–611,  
630 f., 644, 649–651, 737
- Gerke, Wolfgang 1061
- Geyer, Martin H. 57 f., 64, 85, 89, 557,  
657
- Giersch, Herbert 644
- Gleitze, Bruno 182
- Glombig, Eugen 503, 595, 607, 613 f., 630,  
647, 651, 658 f., 664, 674, 683 f., 744
- Glootz, Tanja Anette 54, 60 f., 87
- Glötz, Peter 651
- Göring, Hermann 90
- Grimm, Dieter (Jurist) 24
- Grimm, Dieter (Bundeskanzleramt) 650,  
870
- Grohmann, Heinz 410, 665, 681, 776
- Günther, Ernst 60
- Hachtmann, Rüdiger 81, 86
- Haerendel, Ulrike 35, 40, 45–47, 91, 251
- Hankel, Wilhelm 224 f., 333, 338, 385, 387
- Hardach, Gerd 37, 47, 60
- Hauck, Karl 622, 633, 664, 739, 748, 766,  
782
- Hauser, Richard 761, 1100
- Hensen, Hartmut 210, 227, 237, 240–242,  
255, 267, 273, 308, 321, 323, 325,  
330–332, 358, 368, 394, 489, 493, 509,  
591, 668, 784
- Herzog, Roman 998, 1036, 1076
- Hesse, Gerda 468, 582, 657, 661, 674
- Hesse, Helmut 1100, 1124
- Hildebrandt, Regine 885, 887 f., 891, 894
- Heubeck, Georg 232, 253, 261–263, 380,  
401, 405, 410 f., 479 f., 500, 570, 575,  
579 f., 678, 693, 712
- Heubeck, Klaus 988, 1039, 1040
- Hockerts, Hans Günter 91, 133, 136–138,  
144–147, 161, 165, 171, 176–178, 183,  
188, 190, 194, 200, 210, 224, 232, 238 f.,  
242, 253 f., 297, 304 f., 435 f., 486, 516
- Höffner, Joseph 219–224, 323, 339, 392
- Hoffmann, Dierk 107–111, 126, 129–135,  
157, 298–303, 416–422, 425, 543, 546,  
552, 834–837, 873
- Hoffmann, Klaus 582, 590, 605, 639, 690,  
796
- Holler, Albert 453, 455, 498

- Honecker, Erich 542, 546 f., 550–552, 554, 718, 832 f., 836 f., 843, 845, 946
- Horn, Peter 186, 196, 253, 337
- Hudemann, Rainer 118, 265
- Hübner, Peter 418, 424 f., 541, 547, 553
- Irmiler, Heinrich 474, 490, 521
- Issing, Otmar 582, 1039, 1040, 1075
- Jagoda, Bernhard 806, 812, 875, 879, 889, 901, 906
- Jakob, Reinhard 78, 90
- Jantz, Kurt 188 f., 199, 213–216, 232, 242, 247, 316, 319, 322–325, 333, 346, 367, 386, 411, 456–461, 471, 475, 490, 503, 509, 531
- Jecht, Horst 323, 332, 338 f.
- Jesse, Eckhard VI, 100, 436, 439
- Kalinke, Margot 144, 186, 190, 237, 254, 297, 454
- Kaltenbach, Helmut 526, 584, 657 f., 662, 701, 748, 762, 766, 768 f., 860, 867, 871 f., 944
- Kannengießler, Walter 68 f., 92, 151 f., 238 f., 271, 372, 395, 508, 520, 529, 590, 600, 606, 613, 615, 618, 629, 645, 648, 739, 746, 821, 854, 879, 908, 914–917, 922, 975, 992, 1006, 1008–1010, 1038, 1047
- Kanther, Manfred 1066, 1072
- Katzer, Hans 347, 371 f., 431, 443 f., 451, 455, 459 f., 462, 464 f., 469, 479, 493, 512, 514 f., 517, 622
- Kiesinger, Kurt Georg 311, 371, 431, 437, 442, 444, 460, 462
- Killat, Arthur 204 f., 452 f., 534
- Knittel, Wilhelm 868
- Koch, Woldemar 83, 212
- Köhler, Horst 868, 870, 875 f.
- Kohl, Helmut 172, 439, 558, 564, 620, 652, 686, 730 f., 734, 738, 805, 844–846, 850–854, 867–871, 879 f., 883, 885, 889 f., 951 f., 956, 993, 999, 1002, 1036 f., 1088, 1111, 1123, 1131
- Kolb, Elmar 806, 809, 812
- Kolb, Rudolf 582, 630, 641, 762, 766, 779, 809, 813, 838, 871 f., 885, 907, 914, 920, 924
- Kornai, Janos 31
- Krause, Günther 889
- Krause-Brewer, Fides 591, 595 f., 604
- Krenz, Egon 837, 845
- Krockow, Christian Graf von 29
- Krohn, Johannes 76
- Kromphardt, Wilhelm 249, 339
- Krug, Leopold 41, 46
- Krupp, Hans-Jürgen 658, 666, 673, 679 f., 776, 1099 f., 1124
- Lafontaine, Oskar 844, 846, 855, 869
- Lambsdorff, Otto Graf 563 f., 575, 602 f., 631 f., 639, 647, 650 f., 663, 683, 727, 730, 736 f., 746–751, 765, 814 f., 885, 887, 956, 1054
- Lampert, Heinz 290, 662, 779
- Langer, Wolfram 242
- Lehmann, Helmut 4, 86, 104 f., 126 f., 129–134, 136, 138, 158, 302
- Ley, Robert 81, 84–88
- Liefmann-Keil, Elisabeth 209 f., 249, 434, 479, 483
- Littmann, Konrad 1067
- Löwe, Horst 464, 490, 493, 498, 504, 591, 597, 603, 605, 622, 667 f.
- Louven, Julius 927, 1037, 1047, 1118
- Lünendonk, Heinrich 208 f., 219, 321, 368
- Luft, Christa 875
- Machiavelli, Niccolò 20
- Mackenroth, Gerhard 85, 180, 182, 200, 211–213, 218, 273, 448
- Mackscheidt, Klaus 434, 680, 682, 782
- Malycha, Andreas 110, 286, 289, 298, 303, 414, 418–420, 423, 542, 550, 719, 831–833
- Matthöfer, Hans 563, 643–647, 652, 686, 854, 1039
- Maydell, Bernd von 308, 680, 767 f., 795, 935, 946, 975, 1123
- Mehring, Franz 39
- Meinhold, Helmut 249, 277, 339, 351–353, 444, 447, 480, 489 f., 494, 501, 504, 509 f., 521, 523–525, 592–595, 600, 602, 606 f., 619 f., 623, 626, 640, 659–661, 666, 670, 675, 680, 762, 796

- Michaelis, Klaus 866, 930, 940–942, 945, 948, 950  
 Miegel, Meinhard 665, 774 f., 828, 959, 1035, 1039  
 Mierzejewski, Alfred C. VII f., 55, 62, 74, 99, 236, 255, 321  
 Mischnick, Wolfgang 602, 609–611, 615, 650, 749, 764 f., 775, 823  
 Mittag, Günter 550, 833, 836, 718  
 Möller, Alex 277 f., 365, 438, 514  
 Möller, Hans 138, 148  
 Mörschel, Richard 44, 53, 56, 64, 76, 79, 260  
 Modrow, Hans 845, 853, 867–871, 901  
 Mrotzeck, Herbert 858, 860, 869, 895  
 Müller, Albert 224, 254, 348, 458, 462, 464 f., 586, 589 f., 596, 628, 630  
 Müller, Horst-Wolf 663, 747, 779, 796, 898, 930, 952, 969, 1053  
 Müller, J. Heinz 230 f., 246, 250, 797  
 Müller, Kay 29  
 Müller-Armack, Alfred 167, 432  
 Müntefering, Franz 1007  
 Muhr, Gerd 464 f., 473 f., 498, 528, 536, 556, 580, 582, 586, 615, 621, 675, 690, 800, 813 f.
- Nehring, Sighart 650  
 Nell-Breuning, Oswald von 210, 220 f., 225 f., 243, 297 f., 303, 307, 474, 479, 658, 797  
 Neumann, Manfred J. M. 1098  
 Neumark, Fritz 29, 40, 249 f., 323–325, 329–335, 338, 365, 476  
 Niemeyer, Werner 596, 622 f., 633 f., 641 f., 654, 793, 798, 804, 806, 809, 812 f., 824, 879, 891, 905, 919, 1058, 1060 f.  
 Niemeyer, Johann F. 783  
 Nitsche, Michael 45, 140  
 Noetzel, Michael 103 f., 184  
 North, Douglass C. 31  
 Nullmeier, Frank 735, 798, 806, 808 f., 811 f., 815, 817
- Ostermayer, Adam 120, 185
- Papier, Hans-Jürgen 676, 767 f., 975, 1012, 1014
- Penkert, Annette 57 f., 61  
 Peter, Hans 83, 211 f.  
 Petersen, J. H. 40  
 Pöhl, Karl Otto 491, 881  
 Preiser, Erich 249, 434  
 Preller, Ludwig 57, 115, 137, 201–203, 208 f., 213, 483, 694  
 Pühl, Karl-Heinz 215, 221, 230 f.  
 Püschel, Herbert 858–860, 863 f., 894, 720 f.
- Raffelhüschen, Bernd 1096  
 Raiffa, Hower 20  
 Ranke, Leopold von VIII, 32  
 Recker, Marie-Luise 74, 85, 88 f.  
 Reinhold, Otto 837  
 Riester, Walter 1002, 1027, 1107, 1119 f.  
 Rische, Herbert 858, 916, 975, 1015, 1031, 1036, 1039, 1108  
 Ritter, Gerhard A. 39 f., 46, 841, 847  
 Röpke, Wilhelm 249, 317  
 Rohrbeck, Walter 220, 222 f., 269  
 Rosenberg, Peter 505, 567, 669, 774, 852, 870, 874, 880–883, 887, 892, 894  
 Roth, Karl Heinz 83, 212, 889  
 Rothfels, Hans 39, 84  
 Rüb, Friedbert W. 735, 798, 806, 808–812  
 Rütters, Bernd 724  
 Rüstow, Hans-Joachim 405  
 Ruf, Thomas 304, 338, 341, 345, 347, 480–482, 505, 517, 788  
 Ruland, Franz 66 f., 91 f., 280–282, 625, 654, 656, 677, 692 f., 706, 766–768, 825, 827, 872, 924, 929, 946, 1008 f., 1021, 1039 f., 1043, 1072  
 Rürup, Bert 678, 687–690, 798, 949, 1033, 1039 f., 1119
- Samuelson, Paul A. 31  
 Sarrazin, Thilo 563, 854, 868, 870  
 Sauerborn, Maximilian 75, 137, 141, 213  
 Sauermann, Heinz 148, 150, 249  
 Schabowski, Günter 844  
 Schäfer, Hermann 186  
 Schäffer, Fritz 174, 178, 191, 239, 242, 260 f., 270, 275, 278, 322, 389  
 Schäffle, Albert E. Fr. 42, 1099  
 Schäuble, Wolfgang 768, 827, 852, 1037, 1046–1048, 1111

- Schalck-Golodkowski, Alexander 832  
 Schellenberg, Ernst 104 f., 129, 185, 187,  
 196, 233 f., 239, 254, 297, 307, 337 f.,  
 341, 344, 348, 399, 404, 431, 437, 447,  
 451–453, 457, 466–471, 489, 503 f.,  
 507 f., 514, 516 f., 520, 523, 572, 594  
 Schenke, Klaus 471, 499, 596, 622, 681  
 Scheuble, Julius 117, 137, 160  
 Schewe, Dieter 36, 188, 196, 210, 216,  
 219–221, 230–232, 240–242, 249,  
 271–273, 304, 320, 324 f., 327, 333,  
 338 f., 351 f., 369, 390 f., 394–397, 451,  
 453, 458, 460, 462–465, 469 f., 477, 511,  
 515, 518 f., 523–526, 536, 582, 617 f.,  
 626, 646, 664, 695  
 Schieckel, Horst 116, 126, 136, 141  
 Schiller, Karl 323, 413, 431 f., 435, 438,  
 444, 514, 517, 558  
 Schlecht, Otto 182, 216, 233, 339, 434,  
 451, 491, 650  
 Schlegel-Voß, Lil-Christine 60, 74, 76, 78,  
 88 f., 93, 96, 174  
 Schöllgen, Gregor IX, 604  
 Schmähl, Winfried IX, 6, 14, 25, 49,  
 474–476, 481, 494, 497, 504, 525, 540,  
 544, 585, 590, 592, 638, 669, 672 f., 675,  
 680 f., 689 f., 732 f., 743, 754–757, 761 f.,  
 767 f., 773–777, 780 f., 789, 794, 796,  
 821, 852, 878, 896, 911, 923 f., 931, 933,  
 952–954, 972, 979, 1004, 1016, 1019,  
 1030 f., 1033, 1039, 1042, 1051 f., 1065,  
 1071, 1077–1088, 1098, 1112, 1120, 1122  
 Schmid, Carlo 29 f., 458  
 Schmidt, Alfred 490, 528, 530, 535, 575,  
 800  
 Schmidt (Kempten), Hansheinrich 503,  
 508, 517, 523, 573, 595, 599, 602,  
 629–631, 647–651, 663, 683 f., 745, 785  
 Schmidt, Helmut 212, 430, 438–440, 537,  
 558, 563–565, 587 f., 596, 602–604, 609,  
 612–619, 643 f., 686, 729 f., 737, 739  
 Schmidt, Manfred G. 1031  
 Schmidt-Kaler, Theodor 658, 796, 798  
 Schmitthenner, Horst 1060  
 Schmoller, Gustav 46  
 Schreiber, Wilfrid 83, 205–210, 213, 222,  
 224–232, 253, 268, 306, 308, 353, 405,  
 411, 447, 463, 477, 479–482, 825  
 Schubnell, Hermann 410  
 Schürer, Gerhard 549, 551, 718, 725, 832 f.  
 Schulz, Günther 167, 170  
 Schulz, Ulrike 60  
 Schumpeter, Joseph 30, 1112  
 Seehofer, Horst 812 f., 869 f., 880, 883,  
 887, 893, 1032, 1037, 1120  
 Seiters, Rudolf 853, 868 f.  
 Seldte, Franz 88  
 Siebert, Horst 1034, 1095  
 Sinn, Hans-Werner 229, 1104, 1123  
 Sievert, Olaf 644  
 Sommer, Jörg 25, 1124  
 Spitzmüller, Kurt 454, 503, 607  
 Stackelberg, Heinrich von 83, 138, 212  
 Stahl, Helmut 853 f., 870, 874–876, 902 f.,  
 908  
 Stahmer, Ingrid 1012  
 Stein, Karl Freiherr vom und zum 42 f.  
 Stein, Lorenz von 37  
 Steiner, André 101, 148 f., 156, 285–290,  
 414 f., 419, 424, 541, 549–551, 718,  
 831 f.  
 Steiner, Julius 439  
 Stiglitz, Joseph 1093 f.  
 Stingl, Josef 246, 337, 342, 344, 403, 480  
 Stock, Christian 130, 190, 194  
 Stoltenberg, Gerhard 730 f., 749, 790, 806,  
 808, 870  
 Storch, Anton 14, 145, 160, 174, 187,  
 190–192, 194, 198, 200, 215, 247, 251 f.,  
 255, 322, 386  
 Storm, Andreas 1037 f., 1047, 1105  
 Strauß, Franz-Josef 431, 444, 604, 617,  
 625, 641, 809, 832  
 Süsmuth, Rita 806, 809, 811, 815  
 Tegtmeier, Werner 617, 775, 867, 900  
 Teltschik, Horst 853  
 Tennstedt, Florian 37–39, 51 f., 57  
 Teppe, Karl 74, 81  
 Thünen, Johann Heinrich von 36  
 Tietmeyer, Hans 650, 868, 884, 887, 889 f.,  
 1030, 1037, 1100, 1124  
 Tietz, Georg 137, 141, 145, 163, 180,  
 213–215, 254, 262 f., 325, 368, 462, 464,  
 480  
 Troeger, Heinrich 99, 162, 365



- Ulbricht, Walter 105, 300, 303, 418, 423 f.,  
430, 541 f., 545 f., 554
- Varelmann, Franz 347, 492
- Verheugen, Günter 648, 651, 653, 736
- Voskuhl, Ursula 654, 660, 662
- Wagner, Adolph 46, 53, 1112
- Wagner, Leo 439
- Waigel, Theo 832, 869, 873, 875, 886,  
891, 902 f., 908, 914 f., 999, 1037 f.,  
1123
- Waldmann, Herbert 254, 486, 518, 586,  
596 f., 605, 607, 678
- Walter, Franz 29
- Wannagat, Georg 625, 694
- Wehner, Herbert 523, 563, 599, 609, 614,  
616, 618, 646, 684–686, 785
- Westphal, Heinz 647 f., 664, 760
- Willgerodt, Hans 386 f., 869
- Winkler, Heinrich August 40
- Wissell, Rudolf 104, 136
- Wolf, Eduard 101, 323, 326, 329–335, 338 f.
- Zacher, Hans F. 167, 705
- Ziller, Gerhard 298–303
- Zöllner, Detlev 86, 210, 220, 249,  
271–274, 397 f., 461, 477, 482, 484, 594,  
596 f., 603, 606, 617 f., 620
- Zuleeg, Manfred 802
- Zweig, Gerhard 225, 387, 540
- Zweng, Johannes 342

## Sachregister\*

- Abgaben 14, 734
  - direkte 236, 314, 411 f., 428, 479, 562, 678, 780, 804
  - indirekte 14, 428
  - Belastung durch Abgaben 53, 263, 289, 558, 588, 731, 734, 736, 778, 1030, 1098, 1120
  - Tarifgestaltung 15, 50, 60, 282, 539
- Abschnittsdeckungsverfahren 52, 232, 257, 261–263, 308, 320, 324, 327–330, 351–358, 364–369, 372, 377, 395, 408, 441, 445, 462 f., 477, 533
- Aktueller Rentenwert (ARW) 936, 938 f., 1041 f.
- Allgemeine Bemessungsgrundlage 244, 318–320, 326, 350–351, 406, 456, 461, 477–479 (Aktualisierung), 620, 623
- Alliiertes Kontrollrat 99, 104, 127–130, 135–138, 141, 146, 148 f., 157, 173, 265, 278
- Altenquotient 49, 58 f., 287 f., 410, 667–669, 733, 773, 799, 953, 1079–1084
- Altersgrenze 18, 25, 45, 47, 53, 55, 70, 82, 90, 96, 110, 116, 131, 141, 235, 251, 263, 281, 301, 488, 537, 624 f., 736, 783, 805, 808, 814–816
  - Regel- oder Standard-Altersgrenze 45, 54 f.
  - flexible 403, 408, 439, 473, 485, 488, 490 f., 494, 498–510, 513–520, 525–527, 537, 645, 649, 668, 743
  - Herabsetzung 55, 223, 372 f., 396, 400, 404, 487, 499–501, 503
  - Erhöhung 498
    - Zu- und Abschläge, versicherungsmathematische 401, 485, 520, 683, 736, 821
    - Altersgrenze für Schwerbeschädigte 503, 505, 515, 632, 635 f.
    - Freie Wahl 498
- Altersrente ab 60 266, 301
  - bei Arbeitslosigkeit 251, 497
  - für Frauen 107, 128, 234, 251, 301 f., 396, 497, 750
- Alterssicherung in der DDR
  - Finanzierung, Defizitdeckung und Finanzierungsanteil aus dem Staatshaushalt 291–293, 299, 301, 419, 421 f., 428
    - Sozialversicherung 293 f., 422
    - Staatliche Versicherung 292–294
    - Rentenformel in der Sozialversicherung 299 f., 543 f., 719
    - Definition von Arbeitsjahren 544
    - Mindestrenten 293 f.
    - Rentenhöhe bei Alt- und Neurenten 290, 416, 420, 424, 552 f.
    - Freiwillige Zusatzrente (FZR) 545–547, 554, 721–723
    - Zusatzversicherung, Intelligenzrenten 295, 423, 546, 835
    - Freiwillige Personenversicherung 296
    - Sondersversorgungssysteme 295
    - Ehrenpensionen 296
    - Rentenreformdiskussion 297–304, 418–421, 425, 836
    - Rentenniveau 293 f., 415–417, 548, 835
    - Selbstständige 133, 289, 291–294, 423

---

\* Nicht aufgenommen sind sehr häufig auftretende Begriffe wie insbesondere Bundesarbeits- und Bundesfinanzministerium, Arbeits- und Sozialausschuss des Bundestages bzw. des Bundesrates, Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR).

- Alterssicherung von Frauen
- Altersrente ab 60 (s. dort)
  - Hausfrauen (s. auch Öffnung der Rentenversicherung) 263, 485, 487–489, 510–512
  - Kindererziehung 128, 483, 491 (s. auch Bundeshaushalt, Kindererziehungszeiten)
- Alterssicherung von Selbstständigen
- 5, 9, 43, 68, 105, 139, 146, 173, 200, 221, 224, 226, 229 f., 233, 253, 268–274, 279, 340, 343, 386, 389–399, 408 f., 458, 469, 471, 482, 485, 488, 491, 511–514, 527, 537 f., 991
  - Handwerker 78, 390–394
  - Landwirte 6, 265, 269–274, 396–399, 530 f., 714 f., 992–995
  - Bezirksschornsteinfegermeister 393, 471
  - Rechtsanwältinnen 269 f., 389, 394 f., 400, 402 f., 405
- Alterssicherung und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (s. Vermögen)
- Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 1, 6, 979, 1117
- Alterssicherungskommission der Bundesregierung (ASK) 339, 666, 691 f., 706, 747, 756, 779
- Alterssicherungskommission der SPD 1119
- Alterssicherungsmarkt 1090, 1104
- Alterssicherungssysteme, formelle
- Gestaltungsoptionen 2 f.
  - Schichten (oft als „Säulen“ bezeichnet) 6–10
- Altersvorsorge-(Pensions-)Sondervermögen 1002, 1104–1107
- Angestelltenversicherung (AnV) 54 f., 78 f., 112–115, 118, 121, 124, 160–164, 174–176, 183–187, 200 f., 356
- Einführung 44 f., 54 f., 61, 69, 72
  - Versicherungspflicht(grenze) 54, 65, 252 f., 279, 453, 458
  - Finanzlage und -ausgleich 56, 76–78, 121, 140–142, 153–155, 258 f., 328, 357, 362, 366, 462 f.
  - „Altersgrenze 65“ 45
- Arbeiterrenten-(auch Invaliditäts-, Invaliden-)versicherung (ArV)
- Einführung 8, 37–56, 175, 253
  - Finanzlage 119–126, 181, 214, 253, 258, 262, 266, 317, 357, 361, 366, 442, 447, 586
- Arbeitslosenquote 62, 102, 170–172, 314, 358, 432 f., 440, 494, 558 f., 597, 731 f., 814, 958, 1000, 1050
- Arbeitslosenversicherung, Beitragszahlungen an Rentenversicherung 62, 76 f., 619, 629, 639, 648 f., 726, 731, 738–742, 744, 749, 752, 754, 766, 772, 785, 791, 808, 971, 1003
- Auffüllbetrag 177–179, 906, 918–924, 928, 932–934, 938, 951, 965 f., 1045, 1129 f.
- Ausbildungs(ausfall)zeiten 243, 281, 512, 629, 637, 648, 693, 740, 784, 794, 809, 816, 1029–1031, 1067
- Ausgleichsforderung (an den Staat) 150–152, 275–277, 386
- Aussiedler (auch Um- und Übersiedler) 100, 108, 341, 732, 818–820, 838–856, 869, 878–883, 886, 893, 911, 916, 919, 922, 928 f., 961, 998, 1077–1079
- Baby-Jahr 487 f., 492, 508, 515, 517, 662, 686
- Bank deutscher Länder 148, 212, 235, 237 f., 249, 258, 274, 322, 326
- Beamtenversorgung 66, 91, 157–159, 280, 374, 705–713, 820, 976–979, 1065
- Versorgungsbericht 979 f., 983 f., 1062–1064
  - Versorgungsrücklage u. ä. 1068–1073
- Bedürftigkeitsprüfung, Fürsorge, Sozialhilfe (auch einkommens-, bedarfs- und bedürftigkeitsgeprüft) 16, 57–59, 82, 106, 177, 198, 621, 624, 643, 756 f., 767, 802, 874, 877, 888–890, 911, 1035, 1042, 1045, 1048
- Beitragsäquivalenz 660, 675–678
- Beitragsbemessungsgrenze (und -grundlage) 105 f., 117, 131, 133, 139 f., 164, 175, 233, 247, 252, 256 f., 292, 326, 345, 348, 375, 386, 419, 421–425, 452, 475,

- 482, 501, 546, 585–587, 610, 613–615, 621, 633 f., 642, 656, 684, 687, 693, 699, 717, 721 f., 748, 787, 807, 825, 835, 859–861, 872, 878, 884, 890, 914, 917, 935, 948, 1034, 1110
- Beitragsatz Sozialversicherung 48, 106, 110, 129
- Beitragsatz gesetzliche Rentenversicherung 48, 54, 75, 87, 117 f., 128 f., 139, 192, 235, 261–266, 320, 472, 481, 1113
- Beitragsumschichtung zwischen Sozialversicherungen 163, 235, 256, 765, 772, 915, 969, 1000
- Bergbau, Knappschaftliche Rentenversicherung (KnRV) 5–9, 36, 63–65, 68, 79–81, 86, 89–91, 108–110, 117, 133, 164, 203, 263 f., 300, 363, 372 f., 456, 532, 912 f., 915, 969
- Berichterstattung
- Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 692, 979, 1117
  - Bericht zu Fragen der Rentenversicherung 487
  - Bericht zur Situation der Frau 487
  - Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 816, 931, 962–966, 970, 973, 979, 1044
  - Sozialbericht der Bundesregierung 319 f., 334, 336, 436, 483, 535, 600, 1025, 1032
  - Versorgungsbericht der Bundesregierung (s. Beamtenversorgung)
  - Verteilungsbericht 1118
- Berufsständische Versorgungswerke 68, 92, 991
- „Friedensgrenze“ 1005–1014
- Besatzungsgebiete (-zonen) 99–101, 119, 126–128
- Amerikanische Zone 115
  - Britische Zone 116
  - Französische Zone 118
  - Saargebiet 118
  - Sowjetische Zone 107–112, 126–135, 156
  - Westzonen (auch Bizone) 112–115, 135
  - Berlin 103–107
- Beschäftigung
- Teilzeitbeschäftigung 289, 417, 502, 508, 624, 683, 732, 827, 980, 1000, 1018 f., 1023–1029, 1108
  - Geringfügige 5, 497, 635, 645, 854, 1000, 1015–1017, 1031 f., 1049–1052, 1107–1111
- Bestands-, Vertrauensschutz 676 f., 902, 905, 917 f., 920, 922 f., 926–928, 949, 951, 1025 f.
- Besteuerung von Sozialversicherungsrenten und Pensionen 460, 620, 646, 666, 679–681, 684 f., 712, 747, 807, 973, 999, 1036, 1038, 1043 f., 1083
- Vollbesteuerung 681, 794
  - Ertragsanteilsbesteuerung, modifizierte, Teilbesteuerung 197 f., 681, 747, 749, 778–780, 785, 793 f., 800, 1048
- Betriebliche Alterssicherung (-versorgung) 69, 94–96, 379–384, 534–537, 985, 1054
- Betriebsrentengesetz 566–581
  - Durchführungswege 95, 383
  - Unverfallbarkeit 571, 1058
  - Anpassung 574–577, 986, 1056 f., 1060
  - Arbeitsgemeinschaft betriebliche Altersversorgung (-fürsorge) (ABA) 94, 570
  - Bauindustrie 381
  - Insolvenzversicherung, Pensions-Sicherungs-Verein (PSV) 572–574
  - Europäische Ebene 987–990
- Bund Katholischer Unternehmer (BKU) 224
- Bundesbank (Bank deutscher Länder) und Alterssicherung 237 f., 334 f., 350, 362 f., 365–371, 441 f., 468, 473–475, 497, 519, 964, 1037, 1072, 1074 f.
- Bundeshaushalt
- Zahlungen an Rentenversicherung, auch an Knappschaft 261, 364, 456
  - Bundeszuschuss 125, 226, 235, 258–260, 264, 274, 326, 342, 345, 356–364, 368–370, 392, 396 f., 403–405, 442–468, 492, 497, 527–531, 534, 537, 582 f., 595, 600–603, 619, 631, 635–639, 646, 649, 652, 667, 674, 682 f., 686, 698–702, 727, 736, 740–745, 749,

- 751, 754, 772, 781–814, 825, 884, 887, 892, 901, 913, 915, 923, 965, 969, 985, 1002–1004, 1031, 1047, 1049f., 1052, 1058, 1070, 1115, 1118
- Zahlungen des Bundes bei Kindererziehung (s. auch Kindererziehungszeiten) 646, 657, 660–664, 735, 760, 763–773, 809–816, 923, 963, 967, 1045, 1048–1050
  - Entlastung des Bundes 444f., 451–453, 456, 459, 639, 737, 740, 765, 912–917, 919, 962, 969
  - Stundung von Bundeszuschüssen, Schulbuchforderungen 445, 527f.
  - Kürzungen von Bundeszuschüssen 445, 452
  - Defizithaftung 639, 741, 899, 902
- Bundesverfassungsgericht 24, 277, 343, 520, 538, 565, 629, 643, 648, 654f., 705
- Kindererziehung 967f., 1045
  - Hinterbliebenenversorgung 251, 656–667, 675, 760, 767–769
  - Besteuerung von Alterseinkünften 747
  - Rentenüberleitung 940–950
  - Versorgungsausgleich 675
- Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter 463, 465
- Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) 55, 185–187, 234, 463f., 466, 468, 1014, 1031
- Demographische Entwicklung 313, 353, 437, 667–670, 738, 773, 847
- Auswirkungen auf Alterssicherung 743, 747, 1077–1084
- Demographischer Faktor (Rentenformel) 747, 750, 1039
- Deutsche Arbeitsfront (DAF) und Arbeitswissenschaftliches Institut (AWI) 81–85, 204, 211–213
- Deutsche Demokratische Republik (DDR)
- Abschöpfen von Kaufkraft („Nachfrageüberhang“), Abgaben 428, 542
  - Altenquotient 288, 834f.
  - Auslandsverschuldung 549f., 717f.
  - Ausschöpfung der Arbeitskraftreserve (Frauen, Rentner) 287f., 417, 424, 723f.
  - betriebliche Sozialleistungen 425, 553
  - Bevölkerungsentwicklung 286f., 834
  - Beschäftigte und Löhne im X-Bereich 416
  - Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik 550, 831f., 837
  - Fürsorge 290, 292, 301
  - Neues Ökonomisches System (NÖSPL, NÖS) 419f., 423f., 425
  - „ökonomische Hauptaufgabe“ 547–552
  - produktionsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik 290, 418
  - Staatliche Plankommission (SPK) 419f.
  - Subventionen („Preisstützungen“, „zweite Lohntüte“) 299, 424, 551
  - Systemwettbewerb 297–304, 414f., 426–428, 541
  - Volkssolidarität 418
- Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS) 130f.
- Deutsch-polnisches Sozialversicherungsabkommen 818–820
- Dienstrechtsreformgesetz 1066–1068
- „Die Renten sind sicher“ 586, 604
- Document Center (Berlin Document Center, BDC) 212
- Dynamisierung von Alterseinkünften\*
- Eigentumsschutz 675
- Einheitsversicherung 136, 138, 143, 185
- Einigungsvertrag 901
- Einkommens-(Wirtschafts-)kreislauf und Alterssicherung 26

---

\* Dies ist ein immer wieder behandeltes Thema in allen Zweigen des Alterssicherungssystems, so der Gesetzlicher Rentenversicherung (auch bei der Wiedervereinigung), Beamtenversorgung, betrieblichen Alterssicherung, Altershilfe für Landwirte, Lebensversicherung, so dass hier auf Einzelnachweise verzichtet werden muss.

- Einkommenslage im Alter (von Rentnern) 180–182, 671–673, 1130
- Einkommensvergleich zwischen DDR und Bundesrepublik 426–428
- Eisernes Sparen 96, 207
- Entgelt-(Gehalts-)umwandlung 207, 380, 388, 1059, 1061
- Ersatzrate 656
- Erwerbsminderungsrente (Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente) 44, 583, 624 f., 661, 664, 694 f., 736, 748, 762, 816, 826, 923, 1021–1024, 1029, 1047, 1053, 1117
- Erwerbstätigenstruktur 173, 282, 315, 355, 959
- Erziehungsrente 656
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 990
- Europäische Integration und Alterssicherung 1121
- Finaler und kausaler Ansatz 483 f.
- Finanzänderungsgesetz 1967 und Finanzplanung 442, 447 f., 453, 455
- Finanzausgleich zwischen Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung 462–468
- Finanzierungsarten 14 f., 50
- Systemadäquate Finanzierung, versicherungsfremd 344, 636, 638, 682 f., 686, 744, 782, 784, 806 f., 954, 962–964, 1008, 1011, 1031, 1035, 1051, 1070, 1075
- Finanzierungsverfahren 15 f., 51, 84 f., 776, 1090
- Umlagefinanzierung 15, 52, 85, 210–214, 226, 1076, 1081, 1098, 1120 f.
  - Kapitaldeckung, kapitalfundiert, kapitalmarktabhängig 15, 60, 63, 68, 74 f., 226, 236, 776, 1034, 1068, 1092, 1095, 1103
- Finanz- und Realkapital 1095
- Finanzierung der deutschen Einheit 886 f., 892
- Transfer West-Ost 910, 913, 952, 966, 1000
- Finanzplatz Deutschland 1061, 1105
- Finanzwissenschaftlicher Beirat 476, 482–484
- Flüchtlinge und Vertriebene 100, 102, 108, 125, 154, 183, 267, 276, 289, 291, 305, 340–343, 409
- Fremdrenten- und Auslandsrentenrecht 183, 340, 820
- Fürsorge, Sozialhilfe 2 f., 11 f., 17, 38, 46, 54, 57, 59, 63, 77–79, 82 f., 92, 94, 107, 109, 129, 135, 143, 163 f., 175–177, 182, 192 f., 196 f., 201–203, 209, 217, 220, 266, 290, 292, 301, 337 f., 343 f., 379, 411, 416, 427, 536, 600, 671, 756 f., 786, 790, 793, 801 f., 856, 874, 880 f., 884, 888, 890 f., 897, 910 f., 928 f., 1035, 1042 f., 1045, 1048, 1051
- Gemeinschaft zum Schutz deutscher Sparer 237 f., 249, 261
- Generalreferat im BMA 188, 215 f., 240, 322
- Generationenbilanz 1074 f.
- Generationengerechtigkeit, Generationenkonflikt 52, 1037, 1053, 1084, 1089
- Generationenvertrag (s. auch Solidarität bzw. Vertrag zwischen Generationen) 222, 226, 404, 474, 505, 658, 665, 670, 678 f., 782, 797 f., 809, 818, 827, 871, 1034, 1038 f., 1046, 1075, 1087, 1096, 1107
- Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GDV) 996 f., 1096, 1106
- Gesellschaft für Sozialen Fortschritt 477, 483 f.
- Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) 43, 145, 186, 220, 317, 341, 347, 356, 500 f., 529
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) 236, 385
- Gesetzliche Rentenversicherung nach Reform 1957
- Finanzlage im ersten Deckungsabschnitt 349, 356–367
  - Härtenovelle 343, 348
  - Versicherungspflichtgrenze 344–346
  - Rücklagenentwicklung, -vorschriften 367, 494
  - Drittes Rentenversicherungs-Änderungsgesetz 369–371, 467–472

- „Gleichgewichtige“ Entwicklung von Renten und Arbeitsentgelt (s. auch „Rentenreformgesetz 1992“) 684, 744, 777
- Große Koalition (1966–1969) 372, 429–431, 435, 441, 530
- Grundbetrags-Erhöhungsgesetz (GrEG) 178, 192
- Grund-(Mindest-)sicherung, auch bedarfsorientierte 2f., 8f., 12, 17, 42, 270, 403, 471, 473–475, 511, 684, 775, 793, 804, 812f., 828, 877f., 911, 926, 963, 970, 974, 1050, 1119, 1121
- Gruppe Ulbricht 105
- Harmonisierung von Alterssicherungssystemen 691–694
- Haushaltsbegleitgesetz 1983 736–745
- Haushaltsbegleitgesetz 1984 745–755
- Hinterbliebenenrenten 45, 760–769
  - Witwen-/Witwerrente, Unterhaltersatz 656–664, 767
  - Waisenrente (Einkommensanrechnung) 624
  - Hinterbliebenenreform (84er-Reform, Sachverständigenkommission) 658–662, 760–769
  - Anrechnungsmodell 760
- Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland 532
- Implizite Staatsschuld 16
- Inflation 55–61, 70, 213, 315f., 432f., 551, 847, 956
- Institut Höfer 493, 504
- Junge Union, Jungsozialisten, Junge Liberale 1037, 1046
- Kalte Progression 60
- Kindererziehungszeiten (auch für „Trümmerfrauen“) 483, 491, 657f., 660–665, 735, 760–773, 785, 796–798, 808–816, 818, 821–823, 893, 962f., 967, 1036, 1045, 1048–1050, 1077
- Kinder, Jugend
  - Quotient 669, 733
  - Differenzierte Beiträge nach Kinderzahl 658, 661, 667, 674, 777, 793, 796–798, 808, 810, 968, 1047
  - Kinderzuschuss 610, 612, 614, 623, 631, 643, 645, 664, 746, 748, 752, 1047
- Kommission Demographischer Wandel 1076, 1119
- Kommission „Soziale Sicherung“ (CDU) 788–790
- Kommission „Soziale Sicherung“ (FDP) 682
- Konstruktives Mißtrauensvotum 439, 558, 564
- Konzeption der Alterssicherung 49
  - statisch oder dynamisch 61, 203–210
  - leistungs- oder beitragsdefiniert 12f., 16
  - einnahme- oder ausgabeorientiert 13
  - Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland 856–867
- Konzertierte Aktion 432, 434, 460
- Knappschaftliche Rentenversicherung (KnRV) 63–65, 79–81, 89f., 117, 164, 263, 372, 912–915, 969
- Krankenversicherung der Rentner (KVdR) 86f., 198f., 454–456, 486, 529f., 634, 642, 648
- Kriegsopferrenten, -versorgung 3, 63, 118, 175, 177, 180, 192, 265, 292, 316, 327, 338, 507
- Künstlersozialversicherung 694–705
- „Lambsdorff-Papier“ 650f., 736f., 1054
- Landesversicherungsanstalt (LVA) 8, 44, 55, 114, 118–120, 123, 155, 185, 354, 392, 463
  - LVA Oldenburg-Bremen 113f., 122
- „Landesversicherungsanstalt“ in der SBZ 111f., 133, 292
- Lebensarbeitszeit
  - Verkürzung 423, 640, 686, 743
  - Verlängerung 423, 803, 805f., 814, 816, 1048
- Lebenseinkommen 37, 672, 674, 678, 692, 801
- Lebenserwartung und Alterssicherung (Rentenformel) 747, 750, 1039f.
- Lebensversicherung (s. Privatvorsorge)

- Lohnabzugsverfahren 87, 139, 255  
 Lohnfortzahlung 1032  
 Lohnneben-(zusatz-)kosten 687, 840,  
 912, 914, 954, 962 f., 1001, 1025, 1061,  
 1098, 1120, 1125  
 Lohnstopp 89, 95, 159  
 Lohnverlauf im Erwerbsleben 11, 247 f.,  
 318
- „Mackenroth-These“ (bzw. -Formel) 85,  
 211–213
- Mindestbeträge (s. auch Mindestrenten)  
 861, 863, 877, 898
- Mindestrenten (s. auch Rente nach Min-  
 desteinkommen) 17, 347, 719–721,  
 786, 835, 861, 874, 877 f., 882, 884–860,  
 888–893, 897, 909
- Mindestsicherung (s. Grundsicherung)
- Modellberechnungen zur Beitragssatzent-  
 wicklung 1115
- Vorausberechnungen, Methodik 472,  
 494–497, 593, 1114
  - Versicherungstechnische Bilanzen 213,  
 262, 320, 324, 334, 351–354, 367–369,  
 410, 470
  - Sozialbeirat 797, 828, 972 f., 1001 f.,  
 1113 f.
  - Prognos-Institut 1113
  - Ifo-Institut 1115 f.
  - Wissenschaftlicher Beirat beim Bun-  
 deswirtschaftsministerium 1115 f.
- Nachentrichtung von Beiträgen 454, 467,  
 512 f., 525–527
- Notverordnungen 62, 67, 75, 78
- Öffnung der Rentenversicherung 395,  
 403, 408, 485, 487–491, 503, 510–513,  
 515, 556
- Ölpreisschock 440, 558 f.
- „Operation 82“ 645
- Organisation bei Sozialleistungen 201,  
 225, 292
- Pflegeversicherung und Rentenversiche-  
 rung 971, 1004 f., 1032
- Private Personen- und Sachversicherung  
 (SBZ und DDR) 110
- Privatisierung und Alterssicherung 981,  
 1071, 1121
- Lufthansa 982
  - Bahn 983
  - Post 984
  - Ehemalige DDR 891, 957
- Privatvorsorge, Lebensversicherung  
 70–74, 92 f., 274–279, 384, 537,  
 715–717, 828, 995–998, 1105 f.
- Prognos-Gutachten 632, 668, 799–801,  
 973, 1113–1117
- „Reform im System“ und „Reform des  
 Systems“ 774, 1035
- Reformstau 1036
- Regionalisierung und Organisationsre-  
 form der Rentenversicherung 974–976
- Reichsanstalt (Bismarck, statt regionale  
 Gliederung) 44
- Reichsarbeitsministerium (RAM) 4,  
 58–60, 74–77, 80, 85–90, 95, 97 f., 112,  
 137 f.
- Reichsbahnversicherungsanstalt 97, 112,  
 116, 133, 187, 376
- Reichsknappschaft 64 f., 80, 90, 109, 373
- Reichsstock für Arbeitseinsatz 77, 887,  
 113, 115, 120, 123, 154
- Reichsversicherungsanstalt für Angestellte  
 44, 93, 153, 168, 185
- Reichsversicherungsordnung (RVO) 80,  
 126, 139–141, 296, 318–320, 324–326,  
 365–367, 370, 463, 470, 486, 501–503,  
 515, 521
- Reichszuschuss 44, 47, 50–54, 56 f., 61,  
 73, 76, 80–82, 114, 123, 125, 154, 226
- Rendite 1099
- Rentenangleichung Ost-West 894–899,  
 917, 1125–1129
- Verfahren 895–897
  - Umtauschkurs 880–882
- Renten Anpassung (-erhöhung) (s. auch  
 Renten Anpassung in Ostdeutschland)  
 18
- diskretionär 663
  - durch Regel, auch automatisch 250,  
 352, 359, 523–525
  - einheitlich (linear) oder nichtlinear  
 (Sockelbeträge). 588



- Brutto- und Nettoanpassung, auch modifizierte, beitragsbereinigte Anpassung\*
- Rentenanpassungsgesetz (RAG)
  - 1. RAG 321, 334
  - 16. RAG 755
  - 19. RAG 590–617
  - 20. RAG 618–631
  - 21. RAG 630–640
- Rente nach Mindesteinkommen 585, 589f., 643, 649, 653, 661, 663f., 784, 786f., 790, 792, 808, 812f., 815f., 825, 1050
- Rentenberechnung und -anpassung in Ostdeutschland 907
  - Datenprobleme 907
  - Sonderregelungen (Hochwertung, Aktueller Rentenwert) 935–940
  - Entlastung des Bundes 912–916, 919, 923
- Rentenberechnung nach Punkten 227, 405
- Rentenbergr 583, 668, 1035
- Rentenformel zur Rentenberechnung 46, 140f., 189, 240
  - Reform 1957 240
  - Reform 1999 1040
- Rentenhöhe 48, 87, 136, 163, 174–176, 180f., 506–510
- „Rentenlüge“ 564, 595–617, 638, 914
- Renten-Mehrbetrags-Gesetz 187–195
- Rentenniveau 13, 48, 246–248, 411f., 755–759
  - Eckrente 246–249, 636f., 1040–1043
  - Brutto- und Nettoniveau 759
  - Sicherungsklausel 521–523
- Rentenreform 1957 215–217
  - Bogs-Gutachten 215–219
  - „Grundgedanken“ des Arbeitsministeriums 219
  - Rothenfelser Denkschrift 220–222
  - Schreiber-Plan 224–229
  - Gesetzentwürfe von SPD und Regierung, Entscheidungsprozess 230–233, 238, 253–263
- Rentenreformgesetz 1972 487–519
  - Entscheidungsprozess 513–519
  - Korrekturen 520
- Rentenreformgesetz 1992 771
  - „gleichgewichtige Entwicklung“ 777 (s. auch dort)
  - SPD-Entwurf (1984) 790–793
  - Sozialbeirat (1986) 793–798
  - VDR-Gutachten (1987) 798–803
  - Konsens in der Koalition 804–811
  - Konsens zwischen Regierung und SPD und Entscheidung 811–818, 823–828
- Rentenreformgesetz 1999 1038
  - Kommissionen 1038–1045, 1049
  - Finanzierung 1051f.
  - Betriebliche Alterssicherung 1060
- Rentenüberleitung, Konzept, Gesetz, Verteilungswirkungen, Konsens, Durchführung 916–935
  - Zusatz- und Sonderversorgungssysteme 940–950
- Rentenzulagengesetz (RZG) 177
- Rentnerquotient 13, 668f., 789, 835, 1004, 1019, 1080–1085
- Rücklage der Rentenversicherung (Schwankungsreserve, Mindestrücklage) 367, 467–470, 620, 653, 972, 1004
- Ruhestand
  - Frühverrentung 1019–1021
  - Vorruhestand 733, 743, 773, 874f., 901–904, 959, 969, 983f., 1019–1022, 1027, 1063
  - Pfade in den Ruhestand 1022–1024
  - Gleitender Übergang, Altersteilzeitgesetz, Teilrente 1026–1029
- Saarland (s. auch Besatzungszonen) 118f., 169, 265–268, 272, 392, 522, 532
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 353, 434, 535, 593, 644, 856, 962, 1039, 1100
- Schattenwirtschaft, Schwarzarbeit 26, 854, 1015–1018

---

\* Fragen der Rentenanpassung – Ausgestaltung und Zeitpunkt – sind nahezu ein durchgängiges Thema nach 1957. Deshalb erfolgen hier keine Einzelnachweise.

- SED-Unrechtsbereinigungsgesetz 967, 1045
- Selbstregulierung 686, 741, 783, 838, 887
- Selbstversicherung 78, 253, 270, 296, 396, 511–513
- Selbstverwaltung 28, 42f., 64f., 76, 82, 139, 164, 186, 201, 240, 367, 369, 443, 465, 468
- Scheinselbständigkeit 1000, 1015, 1049, 1114, 1132
- Solidaritätszuschlag 961
- Sonderzulagen-Gesetz 195f., 259
- Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 107
- Sozialausgabenquote 839, 952, 1124
- Sozialbericht 1025, 1029
- Sozialbudget 1, 211, 407, 412f., 436, 447f., 477, 483f., 952
- Sozialenquete-Kommission 346, 353, 384, 408, 410–413, 436, 447f., 456, 498, 510, 535
- Soziale Marktwirtschaft 167, 249, 432
- Sozialbeirat
- Entstehung 235, 250, 257, 316, 319f., 322f., 334–336, 338
  - Aufgaben 324, 525
  - Anfangsprobleme 321–334
  - Vorsitz 325, 339, 796
  - Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats 667, 673, 679–682, 690f., 778f., 791
  - Modellberechnungen 797, 828, 972f., 1001f., 1113f.
  - Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen 368f., 592, 605–607, 620–622, 636, 639, 646, 679–682, 691, 744, 778, 781, 793–795, 910f., 923, 965, 967, 972, 1002f., 1044, 1117
- „Sozialcharta“ des „Runden Tisches“ 878
- Sozialgerichtsgesetz 187
- Sozialhilfe (s. auch Fürsorge) und Sozialzuschlag 2f., 5, 8, 17, 409, 411, 461, 481, 507, 510, 890, 924
- Sozialkabinett 171, 224, 226, 230–237, 249, 268, 270, 491
- Sozialplan 180, 182, 200f., 211, 272, 396f., 448, 477–479
- Sozialreform 39, 64, 71, 170f., 188, 193–196, 200, 215f., 219–225, 228, 233f., 235, 238, 242, 265, 269, 297, 300, 333, 403
- Sozialunion 849–851, 856, 869–871, 877–879, 884f., 888–890, 899
- Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz 159–165, 175–177
- Sozialwahlen 186, 234
- Sozialzuschlag 888, 891, 897–911, 918, 922, 924–935, 951
- Staatsbürger-(grund)-rente 1046
- Bismarck 41f.
  - Deutsche Arbeitsfront 81–84
  - Biedenkopf, Miegel (CDU) 665, 774, 1049
  - FDP 473, 775
  - Versicherungswirtschaft 239
  - Die Grünen 774, 1118
- Staatsschulden, explizite und implizite (auch im Umlagesystem) 16, 25, 73, 93, 95, 388, 561
- Staatsvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR 867, 885
- Stabilitätspolitik und gesetzliche Rentenversicherung 24f., 217, 235, 250, 334, 350, 413, 441, 497, 521, 525, 528
- nachfrage- oder angebotsorientiert 560, 725f.
  - antizyklische Konjunkturpolitik 432, 438
  - Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 365, 429, 432–434, 447
- Subventionen 7, 179, 291, 299, 399, 415, 424, 428, 453, 550f.
- Systemtypen (Versicherung, Vorsorge, Steuer-Transfer, Umverteilung, Versorgung) 41, 638f., 673, 689f., 763, 1083
- Tabakmonopol (Einnahmen) 40f.
- Tariffonds 1107
- Teuerungszulagengesetz (TZG) 178
- Transfer-Enquete Kommission (TEK) 563, 639, 659, 662, 666, 671–673, 679–682, 690f., 778–782, 1117
- Tübinger System 207, 225
- „Überalterung“ 58, 135, 308, 335, 370, 410, 1034, 1102

- Überwälzung von Abgaben 50
- Umverteilung 11 f., 26, 47, 161, 207, 217, 240, 256, 292, 465, 498, 510, 545, 589, 663, 666 f., 670, 672–690, 722, 739, 869, 914, 967, 1030, 1033, 1045, 1083, 1087, 1095, 1118
- Vermittlungsverfahren (- ausschuss) 22, 392, 458, 520, 628, 636, 645, 702, 710 f., 927, 967, 1031, 1044, 1052, 1056, 1066
- Vermögen (s. auch Währungsreform, Inflation)
- Begriff 15 f., 305, 474, 540
  - virtueller Vermögensbestand 16
  - individuell 15, 72, 527 (Nachentrichtung von Beiträgen)
  - Vermögen(-sbildung) und Alterssicherung 26, 51, 68, 70, 75, 380 f., 386–388, 537–539
  - Rücklage im Rentenversicherungssystem 44, 52 f., 55 f., 60, 79 f., 113, 122–125, 142 f., 153 f., 166, 214, 219, 225, 232, 237, 257, 306, 320 f., 327–330, 335, 356, 361–371, 441, 444 f., 451, 467, 472, 495
- Verteilung 16, 198, 539 f.
- Vermögen von Lebensversicherungen, Versorgungswerken und Pensionskassen 73, 93, 111, 151 f., 158, 214, 383 f., 408, 537
- „Verschiebebahnhof“ 76, 742, 751, 772, 837, 915, 971
- Versicherungsanstalt Berlin (VAB) 103–107, 177, 183, 187, 190, 201
- Versicherungspflichtgrenze 5, 43, 54, 57, 61, 63, 72, 105, 133, 139, 226, 233, 252 f., 265, 279, 340, 343–346, 349, 369, 384, 390, 400, 450, 452–455, 458, 474, 538
- Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) 376–378, 633, 713, 941, 977, 980, 982, 1074
- Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost 97, 133, 376
- Versorgungsausgleich 654–656
- Versorgungsreformgesetz (1982) 977, (1998) 1066–1070, 1074
- Versorgungsrücklage 1068–1072
- Volksversicherungsplan (SPD) 399–406
- Vorruhestand (s. Ruhestand)
- Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) 1029
- Währungsreform (1948) 61, 100, 1468
- Westzonen 147–155
  - SBZ 134, 148, 156 f.
  - Berlin 157
  - Sozialversicherung 125, 153–155, 159–162, 196, 213
  - Beamtenpensionen 157
  - Lebensversicherung, Versorgungswerke, betriebliche Alterssicherung 111, 150–152, 169, 274–279, 385
- Wander(versicherungs)ausgleich 354
- „Wehner-Kommission“ 684
- Weltbank 973, 1093
- Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“, Bemessungsgrundlage für Arbeitgeberbeiträge) 143, 687–690
- Diskussion Anfang der 1960er Jahren 408
  - Künstler-Sozialversicherung 690
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft 434, 497, 525, 1115 f.
- Witwenrenten/Witwerrenten (s. Hinterbliebenenrenten)
- Zentralamt für Arbeit 117, 137, 145, 153, 160 (Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets) 174, 188, 214
- Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS; auch Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, HVAS) 109, 126, 130, 135
- Ziel-, Lage- und Mittelanalyse 21–23, 31
- Ziele (verteilungspolitische) der Alterssicherung 10–12, 46, 673–675
- Versteigerung von Einkommen bzw. Konsum im Lebenslauf 671, 801
  - Lebensstandardsicherung 749, 756, 786, 804, 824, 855, 877, 1057, 1121
  - Lohnersatz 584, 615, 626, 749
  - Unterhaltersatz (s. Hinterbliebenenrenten) 624, 767

- Vermeidung von (Einkommens-) Armut im Alter 46, 510, 514, 671–674, 774f., 911, 963, 974, 1035, 1087, 1108
- Zukunftskommission Bayern und Sachsen 1014
- Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst 97, 284, 374–379, 532, 713, 829, 981, 984, 1073
- Zusatzversorgung in der Land- und Forstwirtschaft 533